

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 06. Mai 2012 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

I.	Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung.....	2
	a) Die Wahlbeteiligung und die Parteien – ohne DIE LINKE bei der LT-Wahl 2012 ...	2
	b) DIE LINKE in Schleswig-Holstein bei der Landtagswahl 2012	4
	c) Wiederholter Wahlerfolg der Piraten-Partei	6
	d) Berg- und Talfahrt von Parteien – kein Novum der LINKEN	15
II.	Das Parteien- und Wahlsystem in Schleswig-Holstein	18
	a) Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl 2012	18
	b) Das Wahlsystem in Schleswig-Holstein	21
III.	Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	22
	a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“	22
	b) Deutliche Wechselstimmung und Präferenz für SPD-geführte Koalitionen	23
	c) Die wichtigsten Probleme in Schleswig-Holstein / Wahlentscheidende Themen...25	
	d) Parteienkompetenzen.....	27
	e) Das Image der Parteien und die Zufriedenheit mit ihnen	28
	f) Ein Regierungswechsel ist wahrscheinlich – in welche Richtung noch nicht.....	31
IV.	Auswirkungen auf den Bundesrat	33
V.	Erste Analyse der Wahlergebnisse	34
	a) Die Wähler/-innenwanderung	34
	b) Wer wählte wen?	35
VI.	Anlage: Ergebnisse für die Partei DIE LINKE nach Wahlkreisen	37
	Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt	38

I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

„Schwarz-Gelb abgewählt – LINKE raus – Piraten rein – FDP lebt“ - das sind die wesentlichen politischen Ergebnisse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 06. Mai 2012.

SPD und Grüne verfehlen das Wahlziel einer eigenen Regierungsmehrheit. Stabile Regierungsverhältnisse sind vorerst nicht in Sicht. Eine Koalition von Union und SPD hätte zwar eine deutliche Stimmen-Mehrheit, wäre angesichts des Verhältnisses zwischen den beiden Parteien vermutlich aber kaum stabiler als eine der rechnerisch möglichen Dreier-Koalitionen, die im deutschen Parlamentarismus immer noch per se als riskante Koalitionen gelten.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis werden im Landtag Schleswig-Holstein weiterhin sechs Parteien vertreten sein. Der SSW ist verfassungsrechtlich von der Sperrklausel ausgenommen und steht hinsichtlich einer möglichen Unterstützung einer Regierungsbildung durch die SPD vor der Frage, ob er die traditionelle Position des „Nicht stürzen und nicht stützen“ aufgeben soll. Erstmals in der Landesgeschichte könnte der SSW in einer Regierung ein Ministerium übernehmen.

Die FDP verliert deutlich gegenüber dem Ausnahmeergebnis von 2009, die Piraten ziehen in das dritte Landesparlament ein und sind damit in einem metropolitanen Stadtstaat (Berlin), einem kleinen Flächenland (Saarland) und einem weiterhin agrarisch und kleinstädtisch geprägten Flächenland (Schleswig-Holstein) vertreten. DIE LINKE im Nordwesten, die ihren Einzug in den Landtag 2009 der zeitlichen Parallelität zur Bundestagswahl und der damaligen bundespolitischen Hausse im Wähler/-innenzuspruch verdankte, wird nun mit der bundespolitischen Umfragen-Baisse nach unten gezogen, hat dem bundespolitischen Gegenwind kein eigenes landespolitisches Gewicht entgegenzusetzen und büßt ihre parlamentarische Vertretung ein.

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 06.05.2012

	Landtagswahl 2012			Landtagswahl 2009			Veränderung		
	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate
Wahlberechtigte	2.240.148			2.224.100			16.048	0,0	0
Wähler_innen	1.347.257	60,1		1.636.373	73,6		-289.116	-13,4	0
Gültige Stimmen	1.326.627			1.603.406			-275.734	0,0	0
CDU	408.573	30,8	22	505.612	31,5	34	-97.039	-0,8	-12
SPD	403.783	30,4	22	407.643	25,4	25	-3.860	5,0	-3
FDP	108.902	8,2	6	239.338	14,9	14	-130.436	-6,7	-8
GRÜNE	174.752	13,2	10	199.367	12,4	12	-24.615	0,7	-2
PIRATEN	108.740	8,2	6	28.837	1,8	-	79.903	6,4	6
SSW	61.022	4,6	3	69.701	4,3	4	-8.679	0,2	-1
LINKE	29.868	2,2	0	95.764	6,0	4	-65.896	-3,7	-4
NPD	9.821	0,7	0	14.991	0,9	0	-5.170	-0,2	0
Sonstige	22.211	1,7	0	42.135	2,6	0	-19.942	-1,0	0

a) Die Wahlbeteiligung und die Parteien – ohne DIE LINKE bei der LT-Wahl 2012

Die Wahlbeteiligung lag bei dieser Landtagswahl mit 60,1% so niedrig wie noch nie zuvor bei einer Landtagswahl in Schleswig-Holstein.

Die Piraten sind in den dritten Landtag eingezogen und haben dadurch – erneut – eine ursprünglich als sicher geltende rot-grüne Regierungsmehrheit verhindert. Mit den Piraten muss auch bei den kommenden Wahlen gerechnet werden.

In der Logik des parlamentarischen Systems schaffen Wahlen Entscheidungen über Kräfteverhältnisse in den Parlamenten und Aufgabe der parlamentarisch vertretenen Parteien ist es dann, Regierungen zu bilden.

Diese Aufgabe wird mit den Piraten-Erfolgen für alle Parteien schwieriger, das repräsentativ-parlamentarische System könnte, wird diese Aufgabe ernst genommen, dabei gewinnen. Im Übrigen verweisen wir auf den auch als Sonderbericht veröffentlichten Abschnitt I.c), der sich der Piraten-Partei widmet.

Die SPD wird trotz deutlicher Gewinne nicht stärkste Partei im Landtag. Daran änderten auch die höheren Sympathiewerte ihres Spitzenkandidaten Thorsten Albig gegenüber seinem Konkurrenten nichts. Die SPD steht vor der schwierigen strategischen Frage, eine Regierungsbildung zu versuchen, die nur eine „riskante Koalition“ sein kann, oder erneut Junipartner der Union zu werden.

Der Ministerpräsidentenkandidat Albig äußerte eine Präferenz für eine Koalition aus SPD, SSW und Grünen: *„Lasst uns gemeinsam ans Arbeiten gehen. An die 40 Prozent sind wir nicht herangekommen. Das Ergebnis spiegelt nicht die Begeisterung, die wir an den Ständen mitbekommen haben, und ist nicht das, was ich Euch versprochen habe. Aber es ist ein Ergebnis, mit dem wir einen Politikwechsel hinbekommen können, und darauf kommt es an.“*¹

Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wird sich die SPD erheblichen strategischen Klärungsbedarfes mit Blick auf die Bundestagswahl gegenüber sehen.

Die CDU erreicht ihr schlechtestes Ergebnis seit 1950 bei einer Landtagswahl im Norden. Der personelle Wechsel vom Landesvater Carstensen zum „Notkandidaten“ de Jager ist allerdings nicht wirklich misslungen, denn die prozentualen Verluste fallen gering aus. Die CDU bleibt stärkste Fraktion im Landtag. Sie hat ihren Koalitionspartner verloren.

Die FDP hat in Schleswig-Holstein den Absturz aus dem politischen Niemandsland überraschend erfolgreich verhindert. Dies ist nicht der Bundes-FDP zu verdanken, sondern dem Spitzenkandidaten Wolfgang Kubicki. Dank ihm gilt den Wähler/-innen der Liberalen die nord-westdeutsche FDP als „bessere“ FDP, die man dank ihres Spitzenmannes weiterhin wählen kann, wenn auch mit erheblichem Verlusten gegenüber dem spektakulären Ergebnis von 2009.

Der SSW stellt einen Sonderfall im bundesdeutschen Parteiensystem dar. Nur zwei Landesverfassungen räumen Minderheiten Ausnahmen von der Sperrklausel ein, nur in Schleswig-Holstein macht der SSW davon Gebrauch. Die Partei der dänischen Minderheit kann im Wesentlichen ihr Ergebnis von 2009 halten und wird zum wiederholten Male in die Rolle des Zünglein an der Waage, wofür das politische Feuilleton zwischenzeitlich den Begriff der „Dänen-Ampel“ prägte. Der SSW praktizierte jahrelang das politische Prinzip „Nicht stürzen – nicht stützen“. Die Partei hatte vor der Wahl erstmals ihre Bereitschaft zum förmlichen Eintritt in eine Regierung signalisiert.²

Es wird sich zeigen, ob dies auch nach dieser Wahl so bleibt, wenn die Alternative nur eine Große Koalition wäre, bei der wie in NRW 2010 die Frage stünde, wer Ministerpräsident wird oder nicht – die abgewählte CDU oder die wiedererstarkte SPD. Frau Kraft hatte dafür eine entsprechende Rechnung parat, um das politische System um eine Regierungsvariante zu bereichern.

Die rechten Parteien blieben deutlich unter fünf Prozent.

¹ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wahl-in-schleswig-holstein-2012/landtagswahl-in-schleswig-holstein-spd-spitzenkandidat-albig-die-schleswig-holstein-ampel-steht-11741742.html>.

² http://www.ndr.de/regional/schleswig-holstein/landtagswahlen_schleswig_holstein_2012/wahl787.html.

b) DIE LINKE in Schleswig-Holstein bei der Landtagswahl 2012

DIE LINKE verpasst ihr Wahlziel, den Wiedereinzug in den Kieler Landtag, mit 2,2% der gültigen Stimmen überaus deutlich. Erstmals wird sie aus einem Landesparlament wieder hinaus gewählt.

Doch das Ergebnis kommt nicht überraschend. Der Einzug in den Landtag gelang 2009 nur im Sog der am gleichen Tag stattfindenden Bundestagswahlen und war ein Resultat des bundespolitischen Rückenwindes für die Partei. Landespolitische Substanz spielte, wie mehrheitlich in den westdeutschen Ländern, bei der Wahlentscheidung eine untergeordnete Rolle.

Bei der Bundestagswahl 2009 erzielte DIE LINKE in Schleswig-Holstein mit 7,9% der Zweitstimmen ein für westdeutsche Länder (8,3%) unterdurchschnittliches Ergebnis. Bei den gleichzeitigen Landtagswahlen waren es nur noch 6%.

Ein Viertel der Bundestags-Wähler/-innenschaft (über 31.000 Stimmen) wanderte landespolitisch zu anderen Parteien, im Nordteil des Landes vor allem zum SSW, flächendeckend hauptsächlich zur SPD.

In den folgenden zweieinhalb Jahren der verkürzten Legislaturperiode gelang es nicht, personell und thematisch landespolitisches Profil zu entwickeln und so die Abhängigkeit von den politischen Stimmungen für die Bundespartei abzuschwächen. Die ohnehin schwache und von (Ab-)Spaltungen bedrohte Parteistruktur im Land konnte aus eigener Kraft nicht reorganisiert werden. Die kommunale Verankerung blieb, mit wenigen Ausnahmen, prekär.

Den veränderten Bedingungen – rot-grüne Wechselstimmung, Erstarben der Piraten - stand die Partei weitgehend hilflos gegenüber. Bereits ein Jahr nach dem Wahltermin lag die Partei in Umfragen unter der Fünf-Prozentmarke. Die politische Stimmung für DIE LINKE im Land folgte dem Bundestrend, gegen den DIE LINKE bisher noch keine Landtagswahl gewinnen konnte.

Unter all diesen Aspekten musste bereits bei der Verkündung des Neuwahltermins von einer großen bundespolitischen Verantwortung für das Landeswahlergebnis ausgegangen werden.

Wichtige personelle und strategische Fragen wurden frühzeitig auf die Zeit nach der Wahl in Schleswig-Holstein vertagt, prägten aber die öffentliche Berichterstattung über die Partei über Monate hinweg. Dabei gelang es wiederum nicht, die offenen Personalfragen mit inhaltlichen Positionen und Themen zu verbinden. Daher konnten die Differenzen nicht als Unterschiede in einer pluralen linken Partei wahrgenommen werden, die nach den besten Lösungen für gesellschaftliche Probleme und nach den erfolgversprechendsten strategischen Wegen für die Verbesserung der Lebenslage ihrer Anhänger_innen sucht, sondern nur als Gerangel zwischen Personen, die nicht mit einander können. In einer solchen Situation erscheint keine Partei als erste Adresse, bei der man sich mit seinen Problemen „gut aufgehoben“ fühlt.

Im Wahlkampf konnte die Landespartei zuvor verlorenes Terrain aus eigener Kraft nicht zurückerobern. Zwar versuchte sie mit der Wahlkampagne einen Schritt der Anpassung an die veränderten Bedingungen, jedoch fehlte es an Personen und Stimmung zur wirkungsvollen Umsetzung, um die alte Weisheit zu widerlegen, dass Wahlkämpfe bereits zuvor „verlorene Wahlen“ nicht umkehren können. Vielfach glaubte man, auf verlorenem Posten zu kämpfen.

Nur mit großen Anstrengungen werden in dem aktuellen Wahlergebnis vielleicht doch genügend politische Spielräume gefunden, um liegengelassene Aufgaben des Parteaufbaus anzupacken und bei den kommenden Kommunalwahlen mit einem qualitativen Schritt in die lokale Politik das Überleben der LINKEN als landespolitische Kraft und ihre Wiederkehr in den Landtag vorzubereiten.

Immerhin ging nach ersten vorläufigen Zahlen „nur“ ein Drittel der Verluste auf das Konto anderer Parteien, zwei Drittel der verlorenen LINKE-Wähler/-innen blieben zu Hause. Diese Wähler/-innen wieder zu gewinnen, heißt, Vertrauen zurückzugewinnen.

Einzelne Aspekte des Wahlergebnisses für DIE LINKE

DIE LINKE verlor gegenüber 2009 Stimmenanteile in Höhe von 3,7 Prozentpunkten. Sie erreichte nur noch 2,2% der gültigen Stimmen. Bei den absoluten Stimmen stürzte sie von über 95.000 Zweitstimmen auf unter 30.000 Zweitstimmen ab. Die Stimmenverluste betragen knapp 69% bei einem Rückgang der Wahlbeteiligung bzw. der gültigen Stimmen um gut 17%.

Die Stimmenverluste gingen einher mit deutlichen Verlusten bei den Kompetenzzuschreibungen in den Kernthemen Soziale Gerechtigkeit (-4% auf 6%), Arbeitsmarktpolitik (-3% auf 2%) und angemessene Löhne (-5% auf 4%). Gleichzeitig verbesserten sich die Werte der SPD auf diesen Feldern deutlich, z.T. um über 10 Prozentpunkte.

Die Wählerinnen und Wähler der LINKEN wanderten überwiegend in die Wahlenthaltung ab. Nur ein Drittel der Abgewanderten ging eine Allianz mit einer anderen Partei ein. Die relative Verteilung der Abwanderung auf der Basis der vorläufigen Wanderungszahlen ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle: Wo blieben die WählerInnen der Partei DIE LINKE?

CDU	SPD	Grüne	FDP	Piraten	SSW	Andere	N.wähler
5%	14%	5%	0%	10%	0%	3%	63%

Quelle: Infratest dimap auf tagesschau.de

Im Vergleich zu den Vorwahlen verlor DIE LIKE Stimmenanteile in allen sozialen Gruppen, überdurchschnittliche Rückgänge weist Infratest dimap bei den Erstwählern und den Wählern unter 25 Jahren aus. Entgegen den Ergebnissen im Saarland und in Berlin sind in Schleswig-Holstein die Verluste in der Altersgruppe der 45-59jährigen überdurchschnittlich. Auffällig sind zudem die hohen Verluste bei Arbeitern und Arbeitslosen.

Tabelle: Stimmenanteile DIE LINKE in ausgewählten sozialen Gruppen (in %)

	2012	2009
Alle	2	6
Männer	3	7
Frauen	2	6
Erstwähler	3	8
18-24 Jahre	3	8
25-34 Jahre	4	8
35-44 Jahre	3	7
45-59 Jahre	3	8
60 und älter	1	4
Arbeiter	4	13
Angestellte	2	6
Selbständige	2	4
Rentner	1	4
Arbeitslose	8	18

In keinem der 35 Wahlkreise konnte DIE LINKE die Marke von 5% überspringen, während 2009 nur in acht Wahlkreisen die 5%-Marke nicht erreicht wurde.

Ausschließlich in zwei Wahlkreisen wurden vier und mehr Prozent erreicht (Kiel-West und Kiel-Ost), in vier weiteren Kreisen kam DIE LINKE auf drei und mehr Prozent.

Die Verluste sind flächendeckend, „Hochburgen“ sind auf Wahlkreis-Ebene kaum noch zu erkennen, vielmehr waren hier die Verluste bei den absoluten Stimmen und bei den relativen Stimmanteilen mit am höchsten. Siehe dazu auch die Tabellen-Übersicht im Anhang.

c) Wiederholter Wahlerfolg der Piraten-Partei

Die Piraten-Partei ist ein schillerndes neues Phänomen in der deutschen Parteienlandschaft. Ihre Wahlerfolge zeugen von einer verbreiteten Unzufriedenheit mit dem real existierenden politischen Betrieb und seinen parlamentarischen Parteien.

Das Bedürfnis nach Veränderung scheint in der Gesellschaft, zumal bei den unter 40jährigen, weit verbreitet und geprägt von ideologischer Richtungslosigkeit im klassischen Sinn. Drückte sich zuvor die Auffassung, dass es so wie es ist nicht weitergehen kann, in der Wahl von Parteien auf den Polen „Markt/Individuum“ (FDP) oder „Staat/Gesellschaft“ (DIE LINKE) aus, so steht die Wahlentscheidung für die Piraten gegen die Abschottung des politischen Systems vom Alltag, gegen das „Politsprech“, für die Freiheit des Individuums und für gesellschaftliche, gemeinschaftliche Einrichtungen.

Die Piraten-Partei kann insoweit als Wiedergeburt des Sozialliberalismus unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen betrachtet werden. Dieser Sozialliberalismus wäre dann der Erbe des Neoliberalismus und seiner Auswüchse, der Ausbruch aus der scheinbaren Alternativlosigkeit von „Markt versus Staat“. Allerdings: Über die Piraten-Partei, ihre Anhänger/innen und ihr Potential gibt es viele Vermutungen, manche begründet, manche hochspekulativ. Sicher ist nur, dass sie die konstellationspolitischen Rechnungen aller anderen Parteien durcheinander bringen, und alle anderen Parteien zwingen, sich zu ihnen zu verhalten und sich zu verändern.

In den folgenden beiden Abschnitten beteiligen wir uns an der Interpretation der jüngsten Wahlerfolge der Piraten-Partei, zunächst mit einem Blick auf die Ergebnisse von Umfragen, dann mit einer politischen Wertung.

Die Piraten-Partei im Spiegel der Wahlumfragen

Infratest dimap befragte im Rahmen des ARD-DeutschlandTRENDS vom April 2012 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger nach Ihrer Meinung zu den Piraten.

Tabelle: Bewertung (Wieder-)Einzug von FDP bzw. Piraten in den Bundestag 2013 (Ergebnisse in %)

FDP		Piraten	
Ja, fände ich gut	Nein, fände ich nicht so gut	Ja, fände ich gut	Nein, fände ich nicht so gut
36	59	50	42

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Zumindest im April des Jahres sprach sich jeder zweite befragte Wahlberechtigte für den Einzug der Piraten in den Bundestag bei der kommenden Bundestagswahl aus, gleichzeitig war fast jeder zweite der Meinung, dass dies nicht so gut sei.

Bei der FDP ist diesbezüglich die Meinung vergleichsweise eindeutiger. Nur etwas mehr als jeder Dritte votierte für den Wiedereinzug der FDP in den nächsten Bundestag, während sich mehr als jede/r Zweite sicher war, dies nicht so gut zu finden.

Sowohl im Oktober 2011 als auch im April 2012 fragte Infratest dimap wiederum im Rahmen der DeutschlandTRENDS auf Basis vorgegebener Aussagen nach tendenzieller Zustimmung oder Nichtzustimmung zu diesen Aussagen.

Tabelle: Aussagen zur Piratenpartei Oktober 2011 / April 2012

Koalitionsoption	Oktober 2011		April 2012	
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Die Piratenpartei wird nur gewählt, um den anderen Parteien einen Denkmittel zu verpassen	72	22	67	29
Die Piraten sind eine Alternative für die, die sonst gar nicht wählen würden	63	28	64	31
Die Piraten sind eine echte Alternative zu SPD, Grünen und der LINKEN	17	71	-	-
Die Piraten sind eine gute Alternative zu den etablierten Parteien	-	-	33	58
Die Piraten sorgen dafür, dass endlich auch mal die Jüngeren was zu sagen haben	50	39	54	38
Die Piraten sind keine ernstzunehmende Partei	47	43	44	48
Die Piraten sind die einzige Partei, die sich wirklich für die Freiheit des Einzelnen einsetzt	15	68	-	-
Die Piraten sorgen dafür, dass die Politik offener und transparenter wird	-	-	49	42

Quelle: Infratest dimap / Eigene Darstellung

Rund zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage zu, dass bei der Wahl der Piraten das Motiv, anderen Parteien einen Denkmittel zu verpassen, im Vordergrund steht. Gleichzeitig ist die Zustimmung zu dieser Aussage rückläufig und nimmt die Nichtzustimmung zu dieser Aussage etwas stärker zu, als die Zustimmung dazu abnimmt.

Das Gleiche lässt sich für die Aussage „Die Piraten sind keine ernstzunehmende Partei“ feststellen. Die Zustimmung zu dieser Aussage ist zwischen Oktober 2011 und April 2012 rückläufig, die Nichtzustimmung nimmt stärker zu, als die Zustimmung abnimmt. Im Übrigen ist zwischenzeitlich jede/r zweite Befragte der Auffassung, dass es sich bei den Piraten um eine ernstzunehmende Partei handelt.

Wiederum rund zwei Drittel sehen in den Piraten eine Wahlalternative für diejenigen, die sonst gar nicht zur Wahl gehen würden, während ein Drittel diese Aussage ablehnt. Während nur weniger als jede/r Fünfte im Oktober 2011 der Aussage zustimmte, dass die Piraten eine echte Alternative zu den Mitte-Links-Parteien SPD, Grüne und LINKE seien, stimmte im April 2012 ein Drittel der Befragten der Aussage zu, die Piraten seien eine Alternative zu den etablierten Parteien generell.

In diesem Zusammenhang von Interesse ist die Erhebung³, die Infratest dimap mit dem Ziel durchführte, die Verortung der Partei auf dem Links-Rechts-Schema bei den Wähler/-innen im Bundesgebiet generell und bei den Anhänger/-innen der Piraten im Speziellen festzustellen.

Zugrundegelegt wurde von Infratest dimap das »Links-Rechts-Schema«, bei dem die Links-Rechts-Einstufung auf einer Skala von 1 „links“ bis 11 „rechts“ für insgesamt sieben Parteien (die fünf im Bundestag vertretenen Parteien, wobei CDU und CSU gemeinsam erhoben werden zuzüglich NPD und Piraten) vorgenommen wird.

³ <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2012/verortung-auf-dem-links-rechts-kontinuum/>

Nach Infratest dimap ist das »Links-Rechts-Schema« „immer noch ein passender Orientierungsrahmen zur Positionierung der Parteien im politischen Raum“.⁴

Die Ergebnisse belegen, laut Infratest dimap, „eine stabile und über die Zeit relativ konstante Positionierung der sechs etablierten Parteien. Ganz links wird die Linke platziert (2,4), Mitte links die Grünen (4,5) und die SPD (4,8), die FDP rangiert in der Mitte (6,0) und CDU (6,4) und CSU (6,9) werden Mitte rechts verortet. Hinzu kommt die rechtsradikale NPD, die mit 9,4 auch äußerst rechts platziert wird. Die Befunde zeigen in den letzten 10 Jahren eine leichte Linksverschiebung – sowohl in der Selbstverortung der Wählerinnen und Wähler (2001: 6,0; 2012 5,2) als auch in der Positionierung der etablierten Parteien.

(...) In den Augen der Wähler (...) werden (die Piraten) derzeit mit 4,6 klar dem linken Parteispektrum zugeordnet. Sie weisen damit die geringste Distanz zu den Grünen auf. Allerdings fällt den Befragten die Einordnung der Piraten noch schwer: 25 Prozent können oder wollen aktuell keine Zuordnung vornehmen. Bei den anderen Parteien liegt dieser Wert zwischen 4 und (bei der FDP) 9 Prozent.

Dies gilt jedoch nicht für die Anhänger der Piraten selbst. Sie können sowohl sich selbst als auch ihre Partei sehr wohl im politischen Spektrum platzieren. Sie verorten die Piraten mit 5,2 allerdings stärker in Richtung der politischen Mitte als die Gesamtbevölkerung. Mit ihrer eigenen Selbsteinstufung von 5,1 dokumentieren sie ein hohes Maß an Übereinstimmung der eigenen Position mit der Position der Partei. Damit positionieren sie sich und ihre Partei sehr nah an der durchschnittlichen Selbsteinstufung der Gesamtbevölkerung (5,2).⁵

Infratest dimap hat im Rahmen seiner Erhebung von April 2012 eine Differenzierung hinsichtlich der Wahlberechtigten insgesamt und der Anhänger/-innenschaft der Piraten vorgenommen.

Tabelle: Aussagen zur Piratenpartei April 2012 nach Wahlberechtigten insgesamt und Piratenanhänger/-innen

Koalitionsoption	Wahlberechtigte allgemein		Piraten-Anhänger/-innen	
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Die Piratenpartei wird nur gewählt, um den anderen Parteien einen Denkzettel zu verpassen	67	29	63	37
Die Piraten sind eine Alternative für die, die sonst gar nicht wählen würden	64	31	76	24
Die Piraten sind eine gute Alternative zu den etablierten Parteien	33	58	72	26
Die Piraten sorgen dafür, dass endlich auch mal die Jüngeren was zu sagen haben	54	38	77	23
Die Piraten sind keine ernstzunehmende Partei	44	48	14	82
Die Piraten sorgen dafür, dass die Politik offener und transparenter wird	49	42	80	20

Quelle: Infratest dimap / Eigene Darstellung

Es überrascht nicht, dass die Anhänger/-innen der Piratenpartei die Aussagen zur eigenen Partei stärker konturieren, als dies die Gesamtbevölkerung tut. Hinsichtlich der eigenen Wähler/-innenschaft scheinen sich die Anhänger/-innen der Piraten selbst noch nicht ganz im

⁴ Infratest dimap zitiert an dieser Stelle zur Bedeutung der Links-Rechts-Einordnung als zentrale Entscheidungshilfe für Wahlabsichten: Anja Neundorf 2012, Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand: Ideologisches Wählen in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 2008, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.): Wählen in Deutschland, Sonderheft der PVS 45/2011, Baden-Baden.

⁵ <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2012/verortung-auf-dem-links-rechts-kontinuum/>

Klaren zu sein. Während rund zwei Drittel meinen, dass sich in der Wahl der Piraten eine Denkmöglichkeit gegenüber den anderen Parteien ergibt, sieht dies etwas mehr als ein Drittel nicht so. Immerhin ein Viertel der eigenen Anhänger/-innenschaft meint zudem, dass die Piraten keine Alternative für diejenigen seien, die sonst nicht wählen gehen würden.

Dass mehr als vier Fünftel der eigenen Anhänger/-innen die Piraten für eine ernstzunehmende Partei halten, zeugt von vergleichsweise hoher Identifikation der Anhänger/-innenschaft gegenüber den Wahlberechtigten insgesamt. Immerhin jeder Fünfte der Anhänger/-innen ist sich zumindest im Moment nicht sicher, ob die Piraten tatsächlich dafür sorgen (können), dass die Politik offener und transparenter wird, was ja eines der wesentlichen Ziele der Politik der Piraten ist. Die Skepsis in der Wahlbevölkerung insgesamt liegt doppelt so hoch.

Von Interesse war für Infratest dimap letztlich noch, inwieweit angenommen wird, dass die Piraten dauerhaft in den deutschen Parlamenten eine Rolle spielen oder ob es sich bei der Partei eher um eine Zeiterscheinung handelt, die nach einer Weile wieder verschwinden wird.

Tabellen: Piratenpartei – dauerhafte Rolle oder Zeiterscheinung

	April 2012	
	Dauerhafte Rolle	Zeiterscheinung
Gesamt	33	61
Piraten-Anhänger/-innen	64	36
LINKE-Anhänger/-innen	37	57
Grüne-Anhänger/-innen	32	64
SPD-Anhänger/-innen	28	68
CDU/CSU-Anhänger/-innen	28	67

Quelle: Infratest dimap / Eigene Darstellung

Nur ein Drittel der Befragten insgesamt will zumindest zum jetzigen Zeitpunkt den Piraten eine dauerhafte Rolle im bundesdeutschen parlamentarischen System zugestehen. Knapp zwei Drittel halten die Partei für eine Zeiterscheinung. Bei den Piraten-Anhänger/-innen ist dieses Quorum spiegelverkehrt. Immerhin 36% der Piraten-Anhänger/-innen glauben derzeit nicht an einen dauerhaften Wahlerfolg der eigenen Partei.

Von den Anhänger/-innen der anderen etablierten Parteien sind die LINKE-Anhänger/-innen mit 57% am wenigsten bereit, die Piraten als eine parlamentarische Zeiterscheinung zu sehen. SPD und CDU sind mit 67% bzw. 68% diesbezüglich deutlich sicherer.

Das politische Gewicht der Erfolge der Piratenpartei

- (1) Gewählt (und nicht gewählt) werden Parteien auf der Basis der Vorstellungen, die die Wählerinnen und Wähler sich über die Parteien machen. Vorstellungen über eine Partei entwickeln sich selten auf in Kenntnis der Programmatik einer Partei. Bedeutsam ist die Vorstellung darüber, „wofür eine Partei steht“, ihr Habitus, ihre Kultur, ihre Werte; und bedeutsam ist ihr Verhältnis zu anderen Parteien, deren Reaktionen erwartet werden. Und bedeutsam ist, ob die Partei in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, im Alltag geerdet ist, realitätstaugliche Angebote hat, bei denen man sich vorstellen kann, „dabei“ zu sein. Diese in der Wahlforschung gut belegten „vor-programmatischen“ Motive bleiben unbestimmt, schwammig und zunächst flüchtig. Allerdings zeigen sie, dass er Hinweis, dass die Piraten-Partei zu vielen Fragen keine programmatischen Antworten parat hat, in den Vorstellungen der Piraten-Wählerschaft deutlich untergeordnete Rolle spielen dürfte, ja dass diese gar kein festgelegtes Programm, sondern eine gewisse programmatische Offenheit wollen, eben weil sie vor allem Beteiligungsmöglichkeiten wollen. Partizipation, Bürgerbeteiligung, gemeinschaftliches Machen zeichnen eine „Wertegruppe“ aus, die in einer Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung über das

Vertrauen in Demokratie und Gesellschaft in Deutschland auf rund ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung geschätzt wird.⁶

- (2) Die Erfolge der Piraten-Partei in den vergangenen Monaten drücken das Bedürfnis in Teilen der Wählerschaft nach einer Veränderung im politischen Feld aus. Die ins Parlament gewählten Piraten sind bereits die entscheidende Veränderung. Die erstarrten, bekannten, ausrechenbaren Konstellationen und Optionen zwischen den parlamentarisch etablierten Parteien erscheinen als ausgereizt, sie stillen das Bedürfnis nach Veränderungen im politischen Feld nicht. Die Veränderung tritt in dem Moment ein, in dem ein „neuer Akteur“ auftritt bzw. richtiger: von Wählern und Wählerinnen auf das politische Spielfeld geschickt wird. Alle anderen Parteien müssen sich auf diese neue Situation einstellen, weil ihre strategischen Planungen durcheinander gebracht werden. Diese Funktion des „neuen Akteurs“ benötigt nicht zwingend umfangreiche oder konsistente Programme und/oder personengebundene Kompetenz. Sie wird weder durch den Begriff „Protestwahl“ noch durch den Begriff „Anti-Partei“ ausreichend erfasst. Die spannende Frage ist, wie lange der Akteur durch sein Handeln das politische Feld in Bewegung halten, Veränderung auslösen kann. Die programmatische Offenheit der Piraten-Partei kann sie auf mittlere Sicht zu einem bleibenden neuen Akteur machen, gerade weil sie eine große Vielfalt an Handlungsoptionen und Anpassungsfähigkeit sowie Projektionen und Vorstellungen über diese Partei zulässt.
- (3) Bei den anderen Parteien weiß man bzw. glaubt man zu wissen, was man hat und woran man ist. 2005 erhielt die heutige LINKE die Rolle des neuen Akteurs, die erfolgreich Parteigründung 2007 wurde von der Wählerschaft mit einer Spielzeitverlängerung zu verbesserten Konditionen honoriert. Aber die Rolle des neuen Akteurs, dessen bloßer Auftritt allein schon die anderen Parteien zu Veränderungen nötigt, war unter den veränderten parlamentarischen Konstellationen nicht mehr wie zuvor auszufüllen. Irgendwann stellte sich bei mehr und mehr potentiellen Wähler_innen der Eindruck her, dass von der LINKEN auch keine neue Initiative kommen würde. Das machte sie für eine Gruppe von vor allem jüngeren, internetaffinen Wahlberechtigten, zumal im Vergleich zu den aufkommenden Piraten, zum Teil der unbeweglichen, erstarrten politischen Verhältnisse – kein Zufall also, dass der Durchbruch der Piraten in Berlin und nicht in Mecklenburg-Vorpommern vierzehn Tage zuvor gelang, weil hier einerseits die Parteistrukturen und die „Kernwählerschaft“ der Piraten-Partei besonders stark und konzentriert vertreten sind und andererseits nach zehn Jahren rot-roter Regierungskoalition das Bedürfnis nach Veränderung ausgeprägt war.
- (4) Das Bedürfnis nach Veränderung drückte sich nach einer Phase der parteipolitischen Flurbereinigung in den Gründungsjahren der Bundesrepublik, die mit dem Misserfolg der NPD bei der Bundestagswahl 1969 endete, erstmals Anfang der 1980er Jahre in der parlamentarischen Präsenz einer neuen Partei (Die Grünen) aus. Es folgten einige „neue Akteure“ auf dem rechten Spektrum (z.B. Republikaner, DVU, Statt-Partei, Schill-Partei) in einigen Landesparlamenten. Die Erfolge der PDS sind eher als Ausdruck eines Bedürfnisses nach Repräsentanz und Anerkennung denn als Ausdruck eines Bedürfnisses nach Veränderung zu begreifen. Die PDS war kein „neuer Akteur“. Erstmals also 2005, fast ein Vierteljahrhundert nach den Grünen, schickte die bundesdeutsche Wählerschaft mit der LINKEN wieder einen neuen Akteur ins politische Feld. Wenn dies bundesweit jetzt 2013 bereits wieder geschehen sollte, und die jüngsten Wahlerfolge und Umfrageschätzungen legen dies heute nahe, dann zeugt das von vielschichtigen Umwälzungen und Blockaden in der Gesellschaft, die von den existierenden Parteien nicht ausreichend beachtet und bearbeitet werden und aufgrund

⁶ Jan Arpe: Vertrauen, Demokratie, Zukunft. Ergebnisse der Studie „Vertrauen in Deutschland“. Vortrag auf der Konferenz „Arbeitnehmerbewusstsein und Demokratie“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und des Jenaer Zentrum für interdisziplinäre Gesellschaftsforschung am 3./4. Mai 2012 in Jena. In der qualitativen Untersuchung wurde gefragt, wodurch „Vertrauen“ vor allem entsteht bzw. worauf es beruht. Für ein Fünftel der Befragten stand „Bürgerbeteiligung“ obenan. Siehe auch: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-A0B09A3B-B825E46A/bst/Vertrauensstudie_BST_2009.pdf

der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft und Wählerschaft kurz- und mittelfristig auch nicht bearbeitet werden können, weil dies in anderen Segmenten der Wählerschaft zu Verlusten führen würde bzw. diese von den Parteiführungen erwartet werden.

(5) Die Frage nach der Art dieser Verstopfungen im politischen System führt weg von der Analyse der Piraten als bloßer neuer Akteur im politischen Feld und hin zur Analyse der Piraten als Partei, auf die bestimmte Vorstellungen projiziert werden. Um welche Fragen handelt es sich?

- *Die Ritualisierung der Politik im Angesicht des Finanzkapitals:* Komplexität, Undurchschaubarkeit, systemische Zwänge, daraus erwächst Verdacht der Korruption: Weil die nichts machen, was doch auf der Hand liegt, müssen die korrupt sein, unter einer Decke stecken usw. Mit Transparenz, Offenheit, neuen Beteiligungsverfahren versprechen die Piraten einer Wählergruppe, denjenigen, die partizipieren wollen, einen Weg in die Politik, für die anderen verkörpern sie die Drohung, den Schleier von den herrschenden Machenschaften zu reißen. Die Piraten ziehen die Demokratie- und Politikfrage auf sich. Hinzu kommt: die Abschließung des politischen Systems, seine Sprache, seine Rituale, seine Spezialisierung richten gegen die Macht der Konzerne und Märkte offensichtlich auch nichts aus, da erwecken Parteien, deren Vertreter demonstrativ nicht als Alles- und Besserwisser auftreten, Vertrauen, gerade weil sie keine Fachkompetenz haben, sondern „Alltagskompetenz“ vermutet wird.
- *Die Repräsentanzfrage:* Die Wahlkampagnen der Piraten unterlaufen das eingübte Erscheinungsbild der anderen Parteien. Sie präsentieren nicht das gestylte CD, die retouschierten Gesichter der vergangenen zehn Jahre. Ihre Personenplakate präsentierten in Berlin Gesichter wie nach einer dreitägigen LAN-Party. Ihre Themenplakate hatten den subversiven Sound der Seiteneinsteiger und Querflieger. Sie standen nicht gegen alle anderen, sondern quer zum mainstream und repräsentierten damit eine soziale Schicht, die sich in den Personen und Themen der anderen Parteien nicht wiedererkannten – und keinen Grund (mehr) sahen, sich unter denen für das kleinere Übel zu entscheiden. Hier geht es nicht um Forderungen und Interessen, sondern um Werthaltungen, Einstellungen und Habitus, um kulturelle Codes.
- Möglicherweise gehört zum politischen Gelegenheitsfenster der Piraten auch, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland gut, die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand seit langem ist, also keine sogenannten „harten“ Themen die politische Diskussion beherrschen und die Wahlentscheidung bestimmen, so dass Raum für andere Anliegen bleibt. Es könnte zudem bzw. allerdings sein, dass die mediale Dominanz der Euro- und Fiskalkrise, die die Politik rund um die die Uhr beschäftigt hält, das Bedürfnis stärkt, wieder andere, „eigene“ Themen auf die politische Agenda zu setzen. Dies führt dann zur Frage nach den gesellschaftlichen Konfliktlinien, nach blockierten Entwicklungspfaden, auf die durch die Wahl der Piraten aufmerksam gemacht wird.
- Schaut man auf die Themen, die mit den Piraten seit ihrer Gründung verbunden werden, so handelt es sich um große Themen wie Eigentum, Rechte des Individuums, Rechte der Produzenten und Bürger in einer technologisch radikal veränderten Produktionsweise. Offensichtlich haben Politik und Gesellschaft alternative Entwicklungspfade, notwendige Regulationsbedürfnisse und Chancen der besseren Einrichtung der Gesellschaft verschlafen, nicht genutzt, ja blockiert, und damit auch die subjektiven TrägerInnen und Subjekte dieser Potentiale an ihrer Entfaltung gehindert, ihnen Anerkennung und Einfluss verweigert. Die Wahl der Piraten würde dann ausdrücken: Wir wollen daran unseren Teil. Und wir wollen unseren Teil beitragen, etwa zur Lösung des Partizipationsproblems unter veränderter technologischer Produktionsweise. In Traditionslinien des klassischen Sozialliberalismus, der in seinen guten Zeiten Grundsätze des Liberalismus und Sozialismus in demokratische Politik zu transformieren trachtete, weisen die

Piraten und ihre Wähler darauf hin, dass die aktuellen Krisenphänomene tatsächlich Ausdruck einer Großen Krise sind, die die gesamte Produktionsweise erfassen, nicht weil der Kapitalismus am Ende ist, sondern weil sich die technologische Struktur der Wertschöpfung und der Gesellschaft radikal verändert hat, weil etwa neue technologisch gestützte Produktions-, Distributions- und Konsumweisen entstanden sind, die die Eigentumsfrage in neuer Gestalt akut machen.

- Hierzu, zur Blockade von Regulationsbedürfnissen, korrespondiert der Habitus der Piraten: Sie treten nicht auf als die einzige Partei mit den richtigen Antworten, in ihren Verfahrensweisen reflektieren sie die Komplexität der Angelegenheiten, durch ihre technikaffines Herangehen an Problemlösungen erscheinen sie per se eher unideologisch, eher realitätsorientiert und pragmatisch. Sie gebärden sich als „Ingenieure der Demokratie“.

Die Wähler/-innenschaft der Piraten

Die Wähler/-innenschaft der Piraten ist „jung, männlich, konfessionslos“, so summarisch Daniel Deckers in der FAZ vom 22. April 2012. D

iese Charakterisierung darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Piraten-Partei von allen Parteien Wähler und Wählerinnen gewinnt, dass sie derzeit Attraktivität „für Bürger aus allen Segmenten des politischen Spektrums“ (Deckers) besitzen.

Der Aufstieg der Piraten erinnert an den Aufstieg der Grünen, die Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts Themenfelder wie Umweltschutz, auch Frieden besetzten, die von anderen Parteien vernachlässigt wurden, aber auf der links-rechts-Skala nicht eindeutig zu verorten waren.

Mit den Themen „Freiheit im Netz“, technikbasierte Kommunikationsmöglichkeiten und Partizipation in Verbindung mit dem „Lebensgefühl“ einer ersten „Generation Netz“ kann den Piraten ähnliches gelingen wie den Grünen damals: Liegengelassene Themen suchen sich neue Parteien, um ihre Bedeutung zu unterstreichen.

Tabelle: Zusammensetzung der Wähler/-innenschaft Piraten-Partei (in %)

	BE 09/2011	SL 03/2012	SH* 05/2012
CDU	3	11	19
SPD	11	8	13
Grüne	13	11	17
LINKE	10	19	8
FDP	5	11	19
Andere	17	8	9
Summe Parteien	59	65	
Erstwähler	9	8	
Nichtwähler	17	22	15
Zugezogene**	15	5	

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Wählerstromkonten-Berechnung von Infratest-dimap.

*SH – Vorläufig auf Basis der Wählerstromkonten-Daten am Wahlabend / ** "Zugezogene": Personen, die bei der Vorwahl im Wahlgebiet nicht wahlberechtigt waren.

In Schleswig-Holstein haben die Piraten stärker noch als zuvor von allen Parteien gewonnen, am wenigsten noch von der LINKEN, womit die nach der Saarland oft gehörte Auffassung, dass die Piraten die Hauptkonkurrenz der LINKEN seien, erneut widerlegt ist. Auffällig ist der erheblich gestiegene Anteil von „bürgerlichen Wählern“ unter den Piraten-Wählern.

Die Zusammensetzung der Wähler/-innenschaft der Piraten ist aus der Sicht der anderen Parteien nur eine von zwei notwendigen Perspektiven. Die andere Perspektive fragt nach dem Anteil der Abwanderung aus der eigenen Wähler/-innenschaft zu den Piraten an der gesamten Abwanderung von Wähler/-innen. Da für die Wahlnachtberichte lediglich Zahlen über die Salden von Ab- und Zuwanderung zur Verfügung stehen, können wir hier lediglich auf die Ergebnisse der Befragungen für Berlin und das Saarland hinweisen.

Tabelle: Anteil der Abwanderung zu den Piraten an der Gesamtabwanderung und an der Abwanderung zu anderen Parteien (in %)

	BE 09/2011		SL 03/2012		SH 05/2012	
	Gesamt	an Parteien	Gesamt	an Parteien	Gesamt	an Parteien
CDU	4	11	6	14	15	44
SPD	7	13	6	14	19	100
Grüne	21	29	13	18	31	43
LINKE	16	30	12	23	10	27
FDP	7	10	9	13	12	30
Andere	17	33	16	38	27	100

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Wählerstromkonten-Berechnung von Infratest-dimap.

Nimmt man beide Perspektiven zusammen, so bilden ehemalige LINKE-Wähler im Saarland zwar das größte Kontingent unter den Piraten-Wählern, die von anderen Parteien gekommen sind, die Abwanderung zu den Piraten aus der Wählerschaft der LINKEN liegt aber deutlich unter der Abwanderung zu den Nichtwählern und zur SPD. Auch in Berlin war dies der Fall, allerdings mit der Besonderheit, dass bei SPD und Nichtwählern die Abwanderung durch eine höhere Zuwanderung verdeckt wurde.⁷ Für Schleswig-Holstein waren die Wählerstromkonten für diese Wahlnachtanalyse noch nicht verfügbar. Die dargestellten Zahlen basieren auf einer Auswertung der Wanderungssalden, also der Nettobilanz von Zu- und Abwanderung und sind somit nicht vergleichbar. In ihnen spiegelt sich etwa bei den Zahlen für DIE LINKE jedoch der gleiche Trend wie bei den beiden anderen Wahlen: die wesentliche Verluste gehen an die Nichtwähler. Der Anteil der Verluste an die Piraten ist geringer als in den beiden anderen Ländern, gemessen an den Verlusten an andere Parteien vergleichbar.

Die Wahlanalysen von Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen zeigen einige Besonderheiten, die Piraten-Wähler von anderen Parteiwählern unterscheiden. Während die anderen Parteien durchweg zu zwei Dritteln und mehr „aus Überzeugung“ statt „aus Enttäuschung“ gewählt werden (keine Angaben für DIE LINKE), verhält es sich bei den Piraten umgekehrt: zwei Drittel wählten sie „aus Enttäuschung“ über die anderen Parteien (Infratest). Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte als für die Wahlmotive „Unzufriedenheit mit anderen Parteien“ 74% und „Inhalte“ 22%.

Die vier wichtigsten wahlentscheidenden Themen für Piraten-Wähler_innen waren Soziale Gerechtigkeit (34%), Netzpolitik (26%), Schulpolitik (24%) und Arbeitsmarktpolitik (21%). Gemessen am Durchschnitt aller Wähler_innen fällt die „Netzpolitik“ als besonderes Thema der Piraten heraus. Lediglich für die Wähler von SPD und LINKEN waren die vier im Durchschnitt aller Wähler_innen wichtigsten wahlentscheidenden Themen Wirtschaftspolitik,

⁷ Vgl. ausführlich Horst Kahrs, Wahlnachlese zur Landtagswahl im Saarland am 25. März 2012; <http://www.rosalux.de/publication/383339/die-landtagswahl-im-saarland-am-25-maerz-2012.html>

Schulpolitik, Soziale Gerechtigkeit und Arbeitsmarktpolitik ebenfalls die wahlentscheidenden. Alle anderen Parteien hatten wie die Piraten mindestens ein „Sonderthema“, CDU und FDP etwa die „öffentliche Verschuldung“.

Hinsichtlich der Einschätzung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage unterscheiden sich die Piraten-Wähler ebenfalls von denen anderer Parteien bzw. dem Durchschnitt:

- Während 17% aller Wähler_innen sich „große Sorgen“ um ihre wirtschaftliche Situation machen, sagen dies 30% der Piraten-Anhänger/-innen über sich.
- 29% der Piratenwähler sagten, dass sie von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren, aber 35% aller Wähler_innen und knapp die Hälfte der CDU- und FDP-Wähler/-innenschaft behauptet dies von sich.
- Gut die Hälfte der Piraten-Anhänger/-innen sieht sich bei der „gesellschaftlichen Entwicklung“ auf der „Gewinner“-Seite, deutlich weniger als bei CDU, FDP und Grünen, etwa gleichauf mit den SPD-Anhänger/-innen.
- Die Frage „Sind sie zufrieden mit der Demokratie?“ beantworten 80% der CDU-Anhänger mit Ja, auch 73% der Grünen-Anhänger. Lediglich bei den Piraten ist es, laut Infratest dimap, mit 43% eine Minderheit (LINKE-Anhänger nicht ausgewiesen).

Die Piraten-Anhänger/-innen weisen ihrer Partei drei Kompetenzen zu:

- „Für Transparenz und Offenheit in der Politik sorgen“ (74%),
- bei „Sozialer Gerechtigkeit“ (30%) und
- in der „Schulpolitik“ (28%).
- Vorne liegen die Piraten auch bei allen Wähler/-innen, wenn danach gefragt, wer „am ehesten für mehr Transparenz in der Politik“ sorgt: Piraten 24%, Keine Partei 22%, SPD 19%, Grüne 15%, CDU 13%.

Die Herkunft der Piraten-Anhänger/-innen bestätigt die Ergebnisse aus Berlin und dem Saarland. Überdurchschnittlich Ergebnisse bei männlichen Erstwählern (20%), Wählern unter 45, insbesondere bei Wählern unter 35 Jahren und männlichen Geschlechts. Hohe Anteile erreichten sie in Schleswig-Holstein auch unter „Arbeitern“ (14%) und „Arbeitslosen“ (15%), womit sie in beiden Gruppen deutlich vor der Partei DIE LINKE lagen. (Infratest dimap).

Der Piraten-Anhänger/-innenschaft zwischen Nord- und Ostsee ist jung, unzufrieden mit dem vorhandenen Parteienangebot und dem Zustand des politischen Systems. Stärker als der Durchschnitt betrachten sie ihre soziale Lage als prekär und blockiert, verbinden dies aber nicht mit einer Präferenz für klassische Arbeitsmarkt- oder sozialstaatliche Politikangebote, sondern mit Fragen der „Netzpolitik“ und der Transparenz und Offenheit, also den Partizipationsmöglichkeiten des politischen Systems. Die Hypothese, dass es sich bei der Piraten-Partei um den politischen Arm eines neuen „Generationen-Projekts“ handeln könnte, erhält weitere Bestätigung.

d) Berg- und Talfahrt von Parteien – kein Novum der LINKEN

Bereits in der Wahlkampfberichterstattung zur Berlin-Wahl 2011 setzten wir uns in einem Abschnitt mit der Überschrift „Totgesagte leben länger – manchmal lange“ mit der Berg- und Talfahrt von Parteien auseinander⁸.

Wir stellten damals dar, dass sich Patrick Horst in einem Beitrag für die ZParl⁹ mit dem Auf- und Abstieg von FDP und Grünen befasste und im Rahmen seiner Betrachtungen zu sechs Schlussfolgerungen¹⁰ kommt, von denen zwei auch auf DIE LINKE angewendet werden können:

- (1) Niederlagenserien, die in der Geschichte sowohl der FDP als auch der Grünen vorzufinden sind, bedeuten nicht zwangsläufig das Ende der jeweiligen Partei, sondern sind vielmehr die Schattenseiten der, den Niederlagen vorhergehenden, Serien großer Wahlerfolge. Der Volksmund kennt dafür den Begriff „Wer hoch steigt, wird tief fallen“.
- (2) Bei der Betrachtung von Niederlagen sind die vorhandenen regionalen Gegebenheiten zu berücksichtigen. So wie die Grünen und die FDP im Osten aufgrund parteipolitisch amorpher Verankerung kein Abonnement auf Mitgliedschaft im Landtag haben, kann auch DIE LINKE beim bisherigen Stand ihres Parteaufbaus und ihrer lokalen, z.B. in Kommunalmandaten ausgedrückten Verankerung, nicht davon ausgehen, jedes westdeutsche Landesparlament wieder erobern zu können. Das ist „*zwar durchaus unerfreulich und weist auch auf ein strategisches Versagen der Partei in der Vereinigungspolitik hin*“¹¹, ist jedoch keineswegs mit dem Niedergang der Partei selbst gleichzusetzen. Dafür mag es möglicherweise Indizien geben, doch ist das Ausscheiden aus ein oder zwei Landtagen dafür weder ein hinreichendes noch ein ausreichendes Kriterium.

In nachfolgender Tabelle sind alle 88 seit 1990 und bis zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012 stattgefundenen Landtagswahlen aufgeführt. Daraus lässt sich ablesen, dass die Grünen bei 70 Landtagswahlen über 5% der Stimmen erreichten und eine Landtagsfraktion stellen konnten. Die Liberalen konnten bei 51 von 88 Landtagswahlen auf ein Ergebnis von mehr als 5% verweisen und DIE LINKE, in der Nachfolge der PDS, konnte immerhin 44 von 88 Landtagswahlen erfolgreich bestreiten – und dies obwohl sie bis 2006 allein auf das Elektorat in Ostdeutschland angewiesen war, da erst mit der WASG-Fusion zur LINKEN das Elektorat in den weiteren elf westdeutschen Ländern für eine Partei links neben der SPD erschlossen werden konnte.

Deshalb noch einmal: Der Verlust von Landtagsfraktionen, insbesondere wenn es sich dabei um einen Trend und kein Solitär handelt, ist deutliches Zeichen einer Krise der jeweiligen Partei-Formation. Jede Partei ist deshalb gut beraten, diese Krisensymptome ernst zu nehmen und gegenzusteuern. Das Totenglockchen muss deshalb noch lange nicht klingeln. Wird der Kurswechsel freilich vermieden, ist ein Schiffbruch hochwahrscheinlich.

⁸ Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2011, Die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2011 – Wahlkampfbericht und erste Analyse, S. 15 – <http://http://wahlanalysen.wordpress.com/>

⁹ Patrick Horst 2001, Totgesagte leben länger, manchmal lange. Zu den Überlebenschancen der Grünen vor dem koalitionspolitischen Erfahrungshintergrund der FDP, in: ZParl, Heft 4, S. 841-860.

¹⁰ Horst 2001, S. 850.

¹¹ Horst 2001, S. 851.

Tabelle: Landtagswahlergebnisse von FDP, Grünen, PDS/LINKE seit 1990 (Ergebnisse in %)

Land	Wahljahr	FDP		Grüne		PDS/LINKE	
		LT-Fraktion	Ergebnis	LT-Fraktion	Ergebnis	LT-Fraktion	Ergebnis
BW	2011	Ja	5,3	Ja	24,2	-	2,8
	2006	Ja	10,7	Ja	11,7	-	3,1
	2001	Ja	8,1	Ja	7,7	-	
	1996	Ja	9,6	Ja	12,1	-	
	1992	Ja	5,9	Ja	9,5	-	
BY	2008	Ja	8,0	Ja	9,4	-	4,4
	2003	-	2,6	Ja	7,7	-	
	1998	-	1,7	Ja	5,7	-	
	1994	-	2,8	Ja	6,1	-	
	1990	Ja	5,2	Ja	6,4		
BE	2011	-	1,8	Ja	17,6	Ja	11,7
	2006	Ja	7,6	Ja	13,1	Ja	13,3
	2001	Ja	9,9	Ja	9,1	Ja	22,6
	1999	-	2,2	Ja	9,9	Ja	17,7
	1995	-	2,5	Ja	13,2	Ja	14,6
	1990	Ja	7,1	Ja	9,4	Ja	9,2
BB	2009	Ja	7,2	Ja	5,6	Ja	27,2
	2004	-	3,3	-	3,6	Ja	28,0
	1999	-	1,9	-	1,9	Ja	23,3
	1994	-	2,2	-	2,9	Ja	18,7
	1990	Ja	6,6	Ja	9,3	Ja	13,4
HB	2011	-	2,4	Ja	22,6	Ja	5,8
	2007	Ja	6,0	Ja	16,5	Ja	8,4
	2003	-	4,2	Ja	12,8	-	1,7
	1999	-	2,5	Ja	9,0	-	2,9
	1995	-	3,4	Ja	13,1	-	2,4
	1991	Ja	9,5	Ja	11,4	-	
HH	2011	Ja	6,6	Ja	11,2	Ja	6,4
	2008	-	4,8	Ja	9,6	Ja	6,4
	2004	-	2,8	Ja	12,3	-	
	2001	Ja	5,1	Ja	8,5	-	
	1997	-	3,5	Ja	13,9	-	
	1993	-	4,2	Ja	13,5	-	
	1991	Ja	5,4	Ja	7,2	-	
HE	2009	Ja	16,2	Ja	13,7	Ja	5,4
	2008	Ja	9,4	Ja	7,5	Ja	5,1
	2003	Ja	7,9	Ja	10,1	-	
	1999	Ja	5,1	Ja	7,2	-	
	1995	Ja	7,4	Ja	11,2	-	
	1991	Ja	7,4	Ja	8,8	-	
MV	2011	-	2,8	Ja	8,7	Ja	18,4
	2006	Ja	9,6	-	3,4	Ja	16,8
	2002	-	4,7	-	2,6	Ja	16,4
	1998	-	1,6	-	2,7	Ja	24,4
	1994	-	3,8	-	3,7	Ja	22,7
	1990	Ja	5,5	Ja	9,3	Ja	15,7

Tabelle: Landtagswahlergebnisse von FDP, Grünen, PDS/LINKE seit 1990 (Fortsetzung)

Land	Wahljahr	LT-Fraktion	Ergebnis	LT-Fraktion	Ergebnis	LT-Fraktion	Ergebnis
NI	2008	Ja	8,2	Ja	8,0	Ja	7,1
	2003	Ja	8,1	Ja	7,6	-	
	1998	-	4,9	Ja	7,0	-	
	1994	-	4,4	Ja	7,4	-	
	1990	Ja	6,0	Ja	5,5	-	
NW	2010	Ja	6,7	Ja	12,1	Ja	5,6
	2005	Ja	6,2	Ja	6,2	-	3,1
	2000	Ja	9,8	Ja	7,1	-	1,1
	1995	-	4,0	Ja	10,0	-	
	1990	Ja	5,8	Ja	5,0	-	
RP	2011	-	4,2	Ja	15,4	-	3,0
	2006	Ja	8,0	-	4,6	-	2,6
	2001	Ja	7,8	Ja	5,2	-	
	1996	Ja	8,9	Ja	6,9	-	
	1991	Ja	6,9	Ja	6,5	-	
SL	2012	-	1,2	Ja	5,0	Ja	16,1
	2009	Ja	9,2	Ja	5,9	Ja	21,3
	2004	Ja	5,2	Ja	5,6	-	2,3
	1999	-	2,6	-	3,2	-	
	1994	-	2,1	Ja	5,5	-	
	1990	Ja	5,6	-	2,6	-	
SN	2009	Ja	10,0	Ja	6,4	Ja	20,6
	2004	Ja	5,9	Ja	5,1	Ja	23,6
	1999	-	1,1	-	2,1	Ja	22,2
	1994	-	1,7	-	4,1	Ja	16,5
	1990	Ja	5,3	Ja	5,6	Ja	10,2
ST	2011	-	3,8	Ja	7,1	Ja	23,7
	2006	Ja	6,7	-	3,6	Ja	24,1
	2002	Ja	13,3	-	2,0	Ja	20,4
	1998	-	4,2	-	3,2	Ja	19,6
	1994	-	3,6	Ja	5,1	Ja	19,9
	1990	Ja	14,6	Ja	5,3	Ja	12,0
SH	2009	Ja	14,9	Ja	12,4	Ja	6,0
	2005	Ja	6,6	Ja	6,2	-	
	2000	Ja	7,6	Ja	6,2	-	1,4
	1996	Ja	5,7	Ja	8,1	-	
	1992	Ja	5,6	Ja	5,0	-	
TH	2009	Ja	7,6	Ja	6,2	Ja	27,4
	2004	-	3,6	-	4,5	Ja	26,1
	1999	-	1,1	-	1,9	Ja	21,4
	1994	-	3,2	-	4,5	Ja	16,6
	1990	Ja	9,3	Ja	7,2	Ja	9,7

Quelle: Eigene Zusammenstellung

II. Das Parteien- und Wahlsystem in Schleswig-Holstein

a) Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl 2012

Die Landtagswahl 2009 fand parallel zur Bundestagswahl statt und insofern färbten deren Ergebnisse auf die landespolitische Stimmabgabe ab. Dies lässt sich insbesondere an den Ergebnissen der drei kleineren Parteien ablesen. FDP und Grüne erreichten erstmals in der Landeswahl-Geschichte Schleswig-Holsteins zweistellige Stimmergebnisse und auch DIE LINKE konnte mit 6,0% den Einzug in den Landtag vergegenwärtigen.

Hätte im Nordwesten 2009 eine ausschließliche Landtagswahl stattgefunden, wäre der erstmalige Einzug der LINKEN möglicherweise weniger glatt gegangen.

Tabelle: Ergebnisse der Landtagswahlen von 1947 bis 2009 (Zweitstimmenanteil)

Wahl	Wahlbet. in %	SPD		CDU		FDP		SSW		Grüne		DIE LINKE		Sonstige in %
		%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze			%	Sitze	%	Sitze	
1947	69,8	43,8	43	34,1	21	5,0	-	9,3	6	-	-	-	-	
1950	78,2	27,5	19	19,8	16	7,1	8	5,5	4	-	-	-	-	GB/BHE: 23,4 (15)
1954	78,6	33,2	25	32,2	25	7,5	5	3,5	-	-	-	-	-	GB/BHE: 14,0 (10)
1958	78,7	35,9	26	44,4	33	5,4	3	2,8	2	-	-	-	-	GB/BHE: 6,9 (5)
1962	70,1	39,2	29	45,0	34	7,9	5	2,3	1	-	-	-	-	
1967	74,1	39,4	30	46,0	34	5,9	4	1,9	1	-	-	-	-	NPD: 5,8 (4)
1971	79,2	41,0	32	51,9	40	3,8	-	1,4	1	-	-	-	-	
1975	82,3	40,1	30	50,4	37	7,1	5	1,4	1	-	-	-	-	
1979	83,3	41,7	31	48,3	37	5,7	4	1,4	1	2,4	-	-	-	
1983	84,8	43,7	34	49,0	39	2,2	-	1,3	1	3,6	-	-	-	
1987	76,6	45,2	36	42,6	33	5,2	4	1,5	1	3,9	-	-	-	
1988	77,4	54,8	46	33,3	27	4,4	-	1,7	1	2,9	-	-	-	
1992	71,7	46,2	45	33,8	32	5,6	5	1,9	1	4,9	-	-	-	
1996	71,8	39,8	33	37,2	30	5,7	4	2,5	2	8,1	6	-	-	
2000	69,5	43,1	41	35,2	33	7,6	7	4,1	3	6,2	5	1,4	-	
2005	66,5	38,7	29	40,2	30	6,6	4	3,6	2	6,2	4	0,8	-	
2009	73,6	25,4	25	31,5	34	14,9	14	4,3	4	12,4	12	6,0	6	

Quelle: www.wahlrecht.de/ergebnisse/schleswig-holstein.htm / Eigene Darstellung

Die Widerspiegelung des bundesdeutschen Fünf-Parteien-Systems im Landtag Schleswig-Holsteins ist insoweit nicht zwangsläufig als verfestigte Fünf-Parteien-Struktur im nordwestdeutschen Parteiensystem selbst zu verstehen. Für diese Annahme sprechen sowohl die Mitgliederzahlen der Parteien, inklusive der LINKEN, wie auch der Verankerung in den Kommunalvertretungen. Hier ist DIE LINKE eindeutig als eine Partei im Aufbau zu sehen, die bereits durch kleine Erschütterungen, wie z.B. Aus- oder Übertritte von Mitgliedern oder Kommunalparlamentariern, zu beeindrucken ist.

Wer das Parteiensystem in Schleswig-Holstein¹² betrachtet, wird feststellen, dass die Frage, ob es sich dabei um ein klassisches CDU- oder SPD-Land handelt, nicht leicht zu beantworten ist.

Generell ist festzustellen, dass beide Parteien zwar weiterhin die großen Player im Parteienwettbewerb sind, doch haben sie ihre Rolle als Großparteien eingebüßt und stellen heute, wie in anderen Ländern auch, eher »Mittelparteien«¹³ dar, die keine „*exklusive ‚premium league‘ mehr für sich (bilden), sondern hier und dort schon ihre Liga mit Aufsteigerparteien zu teilen (haben)*“¹⁴.

Bevor wir uns dieser Entwicklung widmen, erscheint es jedoch sinnvoll, sich die Entwicklungsphasen des Parteiensystems in Schleswig-Holstein und die regionale Strukturierung des Landes im Hinblick auf Hochburgen und Problemzonen zu betrachten.

Zwischen 1954 und 1983 ging die Union grundsätzlich als stimmenstärkste Partei aus den Landtagswahlen hervor. Auf die CDU-geführten Koalitionen der 1950er und 1960er Jahre folgten ab 1971 CDU-Alleinregierungen, die sich 1971, 1975 und 1983 sogar auf absoluten Stimmenmehrheiten stützten.¹⁵

Erschien die CDU damals als hegemoniale Landespartei, deutete sich beim Vergleich von Landtags- und Bundestagswahlergebnissen bereits eine Veränderung zugunsten der SPD an, der es 1987 erstmals seit 1954 gelang stimmenstärkste Partei zu werden. Im Ergebnis von 1987 spiegelten sich laut Heinrich sowohl konkret situative Faktoren wider, die wiederum nur im Ergebnis eines langfristigen Wandels im Elektorat den SPD-Aufschwung begünstigte. „*Die abnehmende Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum sowie dessen Suburbanisierung mit der Ansiedelung von neuen sozialen und kulturellen Gruppen hatte die dortige Unions-Basis geschwächt. Gleichzeitig hatte der Wertewandel zu einer gestiegenen Nachfrage nach Themen einer neuen libertären Politik geführt. Dieser aber entsprach die Kieler SPD mit ihren inhaltlichen Angeboten im bundesdeutschen Vergleich äußerst früh.*“¹⁶

Obwohl also sozio-strukturell im agrarisch-kleinstädtischen und vergleichsweise gering industrialisierten Schleswig-Holstein eher konservative und bürgerliche Parteien bevorzugt werden, trug nach Heinrich „*das im Vergleich zu anderen Bundesländern geringere Gewicht der traditionellen Cleavage-Gruppen am Gesamtelektorat*“ dazu bei, die Benachteiligungen der SPD zu reduzieren. „*Es schaffte vielmehr Raum für situative Einflüsse durch Issue-Marketing und Personalangebot.*“¹⁷

Der SPD gelang es zu dieser Zeit, so Heinrich, sich gegenüber den neuen gesellschaftlichen Grundströmungen und Themen, wie der Umwelt- und Frauenpolitik sowie der politischen Beteiligung der Bevölkerung zu öffnen und die gestiegene Partizipationsbereitschaft in Stimmenzuwächse zu übersetzen. „*Das frühzeitige Aufgreifen grün-libertärer Positionen (...) übersetzte eine neue politisch-kulturelle Konfliktdimension in die Landespolitik. Sie verdrängte den säkularisierungsbedingt verblassenden Religionskonflikt und setzte an dessen Stelle den Gegensatz von libertären bzw. autoritären Politikvorstellungen. Im Ergebnis veränderte sich neben der Dimensionalität auch die Stärke der zwischenparteilichen Auseinandersetzungen im Bundesland. Die SPD und die Kieler CDU nahmen auf der neuen Konfliktlinie deutlich konträre Ansichten ein.*“¹⁸

Gleichzeitig konnte die SPD im unverändert ländlich geprägten Flächenland nur mit Mühe den „*hohen Integrationsanforderungen einer sich heterogenisierenden Anhängerschaft*“¹⁹

¹² Vgl. Roberto Heinrich 2008, Das Parteiensystem Schleswig-Holsteins, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 431ff.

¹³ Elmar Wiesendahl 2011, Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft, Opladen/Berlin/Farmington Hills, MI, S. 219.

¹⁴ Wiesendahl 2011, ebd.

¹⁵ Vgl. Heinrich 2008, a.a.O., S. 439.

¹⁶ Heinrich 2008, a.a.O., S. 440.

¹⁷ Heinrich 2008, a.a.O., S. 438.

¹⁸ Heinrich 2008, a.a.O., S. 440.

¹⁹ Heinrich 2008, a.a.O., S. 442.

Rechnung tragen und sich nicht als ungefährdete Mehrheitspartei etablieren, wie die CDU einige Jahrzehnte lang. Folgerichtig ist Schleswig-Holstein seit dem Ende der CDU-Dominanz weder ein sicheres SPD- noch CDU-Land.

Das nordwestliche Bundesland ist durch eine offene Wettbewerbslogik geprägt, in dem nur eines sicher ist: absolute Stimmenmehrheiten und Alleinregierungen widersprechen der zwischenzeitlich erreichten Pluralisierung des Parteienwettbewerbs und dem stark abgesunkenen Konzentrationsgrad der beiden vormaligen Großparteien SPD und CDU, denen es anders als bis in die 1980er Jahre nicht mehr gelingt, gemeinsame Stimmenanteile von über 80% zu erreichen, sondern die seitdem grundsätzlich unter 80% und bei der Landtagswahl 2009 bei gerade einmal 56,9% lagen.

Die abnehmende Bindungswirkung der beiden größeren Parteien wird zudem durch die funktional bedingte Bedeutungszunahme der kleineren Parteien eingeschränkt. Der Umstand, dass Einparteienregierungen als unwahrscheinlich gelten und in Verbindung mit der Möglichkeit zum Stimmensplitting (Erst- und Zweitstimme) sowie der Tatsache, dass es keine klare dritte Kraft im nordwestlichen Parteiensystem gibt, vergrößert sich der Anreiz für Wählerinnen und Wähler, koalitionsstaktisch zu votieren. *„Das Risiko für beide großen Parteien, Stimmen an kleinere Wettbewerber aufgrund von Koalitionsneigungen oder –abneigungen ihrer Anhänger, aber auch als Enttäuschungshandlung unter Rückgriff auf eine bestehende Zweitoption zu verlieren, ist damit prinzipiell gewachsen“*²⁰

Hinsichtlich der politischen Lagermechanik galt seit Mitte der 1990er Jahre bis zur Landtagswahl 2005 die Regel, dass SPD und Grüne einerseits gegen CDU und FDP andererseits um die Mehrheit der Stimmen rangen. Die nach dem „Simonis-Sturz“ erzwungene Große Koalition durchbrach diese Kontinuität, die jedoch mit der Landtagswahl 2009 wieder aufgenommen werden konnte und sich in der Bereitschaftserklärung von SPD und Grünen, nach der Landtagswahl 2012 eine gemeinsame Regierung bilden zu wollen, erneut ausdrückt.

Gleichwohl bestehen, anders als in anderen Bundesländern, bezogen auf die in der alten Bundesrepublik etablierten Parteien, also CDU, SPD, FDP und Grüne keine sich gegenseitig ausschließenden Vorbehalte, wenngleich verschiedentlich das politische Klima zwischen CDU und SPD als so rauh beschrieben wird, dass Große Koalitionen als „landesuntypisch“ gelten.

Regional betrachtet²¹ erzielt die Union traditionell ihre besten Ergebnisse in Schleswig (Südtondern, Schleswig-Nord, Husum-Land, Schleswig, Husum-Eiderstedt) und dem Westteil Holsteins (Dithmarschen-Nord, Rendsburg-Süd, Dithmarschen-Süd, Steinburg-West).

Die Sozialdemokraten haben ganz allgemein Vorteile in den Städten. Ihre Hochburgen finden sich in Kiel sowie mit Lübeck, Neumünster, Plön-Nord, Rendsburg und Lauenburg-Süd in Wahlkreisen, die in größeren Städten bzw. städtisch geprägten Regionen wie dem Hamburger Umland liegen. Demgegenüber hat die SPD Probleme in den ländlichen Teilen des Bundeslandes und zudem auch noch dort, wo sie mit dem SSW um die gleichen Wähler/-innengruppen konkurriert.

Ähnlich wie die SPD erreichen die Grünen in den dicht besiedelten Landesteilen ihre besten Ergebnisse, also vor allem in der Landeshauptstadt Kiel, Teilen des nördlichen Hamburger Umlands (Ahrensburg, Pinneberg, Elmshorn, Pinneberg-Elbmarschen, Reinbek) sowie in Teilen von Ostholstein (Plön-Süd, Stormarn, Lauenburg-Süd, Plön-Nord).

DIE LINKE gewinnt, wie wir dies bereits aus anderen Urnengängen in den westlichen Ländern kennen, dort, wo SPD und Grüne ihre Hochburgen haben.

Derartige Stadt-Land-Differenzen, wie die Mitte-Links-Parteien kennt die FDP nach Aussage von Infratest-dimap nicht. Zwar habe auch die FDP einen Schwerpunkt in Teilen des verstäd-

²⁰ Heinrich 2008, a.a.O., S. 445.

²¹ Vgl. zu den nachfolgenden Ausführungen: Infratest-dimap 2009, WAHLREPORT. Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27.09.2009, Berlin, S. 57f.

terten Hamburger Umlands (Pinneberg-Nord, Reinbek), doch sind die größeren Städte keineswegs liberale Hochburgen. Vielmehr schneidet die FDP im Süden und Norden Ostholsteins (Eutin-Süd, Eutin-Nord, Lauenburg-Mitte, Segeberg-Ost, Plön-Süd) sowie im Raum Dithmarschen überdurchschnittlich ab.

Der Südschleswigsche Wählerverband hat seine Stärke nach wie vor im Landesteil Schleswig, wo er bei der LTW 2009 über 10% erreichte, während er im Hamburger Umland sich mit ca. 1,0% zufrieden geben musste.

b) Das Wahlsystem in Schleswig-Holstein

Das Wahlsystem in Schleswig-Holstein²² ist geprägt durch eine personalisierte Verhältniswahl mit geschlossenen Listen.

Der Landtag umfasst mindesten 69 Sitze, von denen grundsätzlich 35 Mandate in Einerwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl und die restlichen über geschlossene Listen vergeben werden.

Die Wahlberechtigten haben zwei Stimmen, mit denen über die Erststimme für eine Wahlkreiskandidatin oder einen Wahlkreiskandidaten votiert und mit der Zweitstimme für die Landesliste einer Partei oder politischen Vereinigung gestimmt werden kann.

Für die Sitzzuteilung werden alle Parteien berücksichtigt, die mindestens 5% der gültigen Stimmen erhalten haben, mit Ausnahme der Partei der dänischen Minderheit, dem Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW).

Zur Anwendung kommt seit der Landtagswahl 2009 das Berechnungsverfahren nach Saint-Laguë.

Das Verfassungsgericht von Schleswig-Holstein hat in seinen Urteilen vom 30. August 2011 die Verfassungswidrigkeit des damals gültigen Wahlrechts festgestellt und gab dem Landtag auf, das Landtagswahlrecht zu reformieren und eine Neuwahl herbeizuführen.

Gegenstand der Verfassungswidrigkeitsfeststellung war die Regelung der Überhangmandate, die bei der vergangenen Landtagswahl dazu führte, dass CDU und FDP mit einem Überhangmandat die Regierung bilden konnten.

²² Vgl. <http://www.wahlrecht.de/landtage/schleswig-holstein.htm>.

III. Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“

Seit der Landtagswahl 2009 wurden insgesamt sechzehn Umfragen veröffentlicht, in denen unter anderem die „Sonntagsfrage“ gestellt wurde, also welche Partei der oder die Befragte wählen würde, wenn am kommenden Sonntag Wahlen wären. Von den sechzehn Umfragen erschienen allein neun im laufenden Jahr, von denen eine von unterschiedlichen Instituten im gleichen Zeitraum durchgeführt wurde. Es bietet sich deshalb an, die Durchschnittswerte zugrunde zu legen, da diese ein ausgewogeneres Bild bieten und insbesondere temporäre Highlights in ihrer Bedeutung eibebnen.

Tabelle: Die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ für die Landtagswahl Schleswig-Holstein

	Zeitraum der Umfrage	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	SSW	Piraten
FGW	23.04.-26.04.12	31%	31%	12,5%	7%	2,5%	4%	9%
Infratest-dimap	24.04.-26.04.12	30%	32%	13%	6%	2,5%	4,5%	9%
Infratest-dimap	12.04.-17.04.12	31%	32%	13%	5%	2%	4%	10%
Infratest-dimap	10.04.-11.04.12	32%	32%	12%	4%	3%	4%	11%
Infratest-dimap	22.03.-27.03.12	34%	32%	15%	4%	4%	4%	5%
dimap	09.03.-12.03.12	34%	33%	15%	4%	3%	4%	5%
Forsa	Keine Angabe	35%	35%	12%	2%	3%	4%	5%
Infratest-dimap	13.02.-16.02.12	33%	33%	16%	3%	3%	3%	5%
Emnid	17.01.-19.01.12	34%	32%	15%	4%	3%	3%	7%
Forsa	15.11.-17.11.11	33%	32%	17%	4%	3%	3%	6%
Infratest-dimap	26.09.-27.09.11	30%	34%	21%	3%	2%	3%	4%
Forsa	15.08.2011	30%	32%	19%	4%	4%	4%	-
Infratest-dimap	13.05.-16.05.11	33%	31%	22%	4%	2%	4%	1%
Forsa	31.08.-01.09.10	31%	31%	18%	7%	5%	5%	-
Infratest-dimap	30.08.-31.08.10	32%	32%	19%	5%	4%	4%	-
ifM Leipzig	29.03.-31.03.10	31%	22%	20%	12%	6%	4%	-
Durchschnittswert		32,1%	31,6%	16,2%	4,8%	3,2%	3,8%	6,4%
LTW 2009	ERGEBNIS	31,5%	25,4%	12,4%	14,9%	6,0%	4,3%	1,8%

Quelle: www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/schleswig-holstein.htm

Die CDU erreichte in den Umfragen einen Wert oberhalb des Wahlergebnisses von 2009 und wurde damit im Vorfeld der Wahl besser bewertet als bei der Landtagswahl 2012 selbst.

Die SPD konnte ebenfalls den Mittelwert der Vorwahlbefragungen am Wahltag nicht erreichen, liegt aber, wie prognostiziert deutlich über dem Wahlergebnis von 2009.

Die Grünen zehren im Mittelwert der Vorwahlbefragungen von der Hochphase im vergangenen Jahr und können am Wahltag leicht gegenüber dem Wahlergebnis 2009 zulegen.

Die FDP überbietet die Prognosen und stellt damit das Spiegelbild zur Partei DIE LINKE dar, die noch unter den letzten Vorwahl-Prognosen verbleibt.

Die Piraten wurden erstmals im November 2011 mit 6% in einer Umfrage bewertet, im Durchschnitt aller Umfragen, in denen sie eigens aufgeführt wurden, lagen sie bei 6,4%. Mit 11% erreichten sie in der ersten Aprilhälfte 2012 ihren Umfragehöhepunkt und sanken vergleichsweise moderat auf 9% in den beiden letzten vor der Wahl veröffentlichten Umfragen ab.

b) Deutliche Wechselstimmung und Präferenz für SPD-geführte Koalitionen

Ein prägendes Moment des nordwestdeutschen Landtagswahlkampfes war der spürbare Wechselwunsch der Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein. Dies lässt sich ablesen in den Werten der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der Landesregierung, den Koalitionspräferenzen sowie der Zustimmung auf die Frage nach einem Regierungswechsel.

Diese entsprechenden Erkenntnisse der Infratest-dimap-Vorwahlbefragungen²³ werden nachfolgend dargestellt.

Tabelle: Zufriedenheit mit der Landesregierung (Angaben in %)

	März 2012		April I 2012		April II 2012	
	Sehr zufrieden / zufrieden	Weniger / gar nicht zufrieden	Sehr zufrieden / zufrieden	Weniger / gar nicht zufrieden	Sehr zufrieden / zufrieden	Weniger / gar nicht zufrieden
Gesamt	43	55	37	60	40	58
CDU-Anhänger/-innen	73	27	61	37	73	25
SPD-Anhänger/-innen	33	65	32	66	28	70
Grüne-Anhänger/-innen	21	76	20	79	12	88
Piraten-Anhänger/-innen	32	68	14	80	26	74

Quelle: Infratest dimap / Daten zu den Anhänger/-innen der LINKEN wurden nicht veröffentlicht

Deutlich wird, dass die Zufriedenheit mit der Landesregierung im Befragungszeitraum 10./11. April 2012 am niedrigsten ausgeprägt war. Nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten war mit der Tätigkeit der Landesregierung zufrieden bzw. sehr zufrieden. Fast zwei Drittel waren weniger bis gar nicht zufrieden. Zu dieser Zeit zeigten sich sogar mehr als ein Drittel der Union-Anhänger/-innen mit der Tätigkeit „ihrer“ Landesregierung weniger bis gar nicht zufrieden. Während sich dieser Anteil bei den CDU-Anhänger/-innen gegenüber der Umfrage von Mitte April 2012 auf einen Wert von 25% reduzierte, stiegen die Unzufriedenheitswerte im Zuge der verstärkten Wahlmobilisierung bei SPD- und Grünenanhänger/-innen naturgemäß an.

Interessant ist, dass die Anhänger/-innen der Piraten im Befragungszeitraum vergleichsweise große Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Landesregierung aufwiesen. Zeigten sich im März 2012 rund ein Drittel der Piraten-Anhänger/-innen mit der Tätigkeit der Landesregierung unzufrieden, halbierte sich dieser Anteil Anfang April auf 14%, um nur kurze Zeit später wieder auf 26% anzusteigen. Im Durchschnitt lässt sich freilich festhalten, waren drei Viertel der Piraten-Anhänger/-innen (74%) mit der Landesregierung weniger bis gar nicht zufrieden, ein Viertel (24%) hingegen war sehr zufrieden bzw. zufrieden. Die Piraten-Anhänger/-innen ordnen sich damit zwischen Grünen-Anhänger/-innen, die am kritischsten eingestellt sind, und SPD-Anhänger/-innen ein.

Tabelle: Wechselstimmung (Angaben in %)

März 2012		April I 2012		April II 2012	
Zeit für Regierungswechsel	Schwarz-gelb soll weiter regieren	Zeit für Regierungswechsel	Schwarz-gelb soll weiter regieren	Zeit für Regierungswechsel	Schwarz-gelb soll weiter regieren
55	32	64	26	66	26

Quelle: Infratest dimap

Auch wenn diese Zahlen eine große Unzufriedenheit mit schwarz-gelb zum Ausdruck bringen, so darf doch nicht außer Acht gelassen werden, dass die bis zum Wahltag amtierende

²³ Vgl. Infratest-dimap 2012, LänderTREND Schleswig-Holstein, Februar, März, April I bis April III, www.infratest-dimap.de

Landesregierung eine spürbar höhere Zustimmungsrates aufwies als die Große Koalition im September 2009. Lag die Zustimmung (sehr zufrieden/zufrieden) zum Zeitpunkt des Bruchs der Großen Koalition bei 36% gegenüber 61% Unzufriedenheit (weniger zufrieden/gar nicht zufrieden), sank die Zustimmung auf 29% im September 2009 und stieg die Unzufriedenheit auf 69%.

Während sich im März 2012 mehr als die Hälfte der befragten Wahlberechtigten für einen Regierungswechsel aussprachen, erhöhte sich dieser Anteil bis Mitte April 2012 auf zwei Drittel.

Tabelle: Koalitionspräferenz im Zeitverlauf der Vorwahlbefragungen

Koalitionsoption	September 2011	Februar 2012	April I 2012
SPD und Grüne (rot-grün)	32	28	25
CDU und SPD (Große Koalition)	17	22	16
CDU und FDP (schwarz-gelb)	7	9	12
CDU und Grüne (schwarz-grün)	9	6	4
CDU allein	3	2	6
SPD allein	3	1	4
SPD, Grüne und SSW	-	-	3
SPD und Piraten (rot-orange)	-	-	2
SPD, LINKE und Grüne (rot-rot-grün)	-	-	-

Quelle: Infratest dimap

Hinsichtlich der Koalitionspräferenz befürwortet eine deutliche Mehrheit ein rot-grünes Bündnis, auch wenn diese Präferenz sich angesichts des deutlichen Wunsches der Wähler/-innen nach einem Regierungswechsel untypischerweise eher leicht abschwächt als zunimmt. Auch die Zustimmung zur realistischen Alternative des Regierungswechsels, der Großen Koalition ist nach einem kleinen Anstieg im Februar 2012 wieder auf den Stand von September 2011 gefallen.

Tabelle: Bewertung von Koalitionsvarianten im Vergleich September 2009 / April 2012

Koalitionsoption	September II 2009		April II 2012	
	sehr gut / gut	weniger gut / schlecht	sehr gut / gut	weniger gut / schlecht
CDU und FDP (schwarz-gelb)	50	48	23	74
Große Koalition	23	75	39	58
CDU und Grüne (schwarz-grün)	-	-	22	75
CDU, FDP und SSW	36	58	-	-
CDU, FDP und Grüne	35	63	-	-
SPD und Grüne (rot-grün)	-	-	53	45
SPD, Grüne und SSW	-	-	49	46
SPD, FDP und Grüne	33	65	-	-
SPD, LINKE und Grüne (rot-rot-grün)	22	76	15	84

Quelle: Infratest dimap

Aus vorstehender Tabelle lassen sich die Verschiebungen in den wahrscheinlichen oder möglichen Koalitionsoptionen zwischen 2009 und 2012 gut ablesen. Stand 2009 schwarz-gelb in der Präferenz der Bürger/-innen vorn und schnitten Koalitionsoptionen unter CDU-Führung besser ab als SPD-geführte Modelle, so sahen die Bürger/-innen im Vorfeld der Landtagswahl 2012 die SPD vorn und präferierten dementsprechend SPD-geführte Koalitionsoptionen – mit zwei Ausnahmen: In der Befragung von April 2012 wurde allgemein nach Großer Koalition gefragt und ein rot-rot-grünes Bündnis, für das sich 2009 noch mehr als jeder Fünfte wahlberechtigte Befragte (22%) aussprach und von drei Vierteln der Befragten abgelehnt wurde (76%), wurde nur noch von etwas mehr als jedem zehnten wahlberechtigten Befragten (15%) befürwortet, während 84% eine solche Koalition ablehnten.

c) Die wichtigsten Probleme in Schleswig-Holstein / Wahlentscheidende Themen

Befragt nach den wichtigsten Themen im Land benannten die betreffenden Wahlberechtigten wie bereits 2009 die Themen Bildung, Schule und Ausbildung sowie Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt als die zwei bedeutendsten Themenfelder. Gleichzeitig lässt sich, wie auch bereits bei anderen Wahlen im vergangenen Jahr²⁴, dass die Dringlichkeit dieser Schwerpunktsetzung deutlich abgenommen hat.

Tabelle: Wichtigste Probleme in Schleswig-Holstein im Zeitverlauf der Vorwahlbefragungen (in %)

Koalitionsoption	September II 2009	März 2012	April II 2012
Bildung / Schule / Ausbildung	43	29	25
Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt	40	13	17
Haushaltslage / Verschuldung	15	12	8
Atomausstieg / Energiewende	-	6	4
Wirtschaftliche Situation / Strukturwandel	17	5	10
Soziale Ungerechtigkeit / Armut	5	3	4
Verkehrsinfrastruktur	5	3	4
Bürgerferne Politik / Streit in der Politik / Fehlende Kompetenz	-	2	2

Quelle: Infratest dimap

In der nachfolgenden Übersicht sind Daten zusammengestellt, die Infratest-dimap im Hinblick auf die Beschreibung drängender Probleme aus Sicht der Wähler/-innen im Nordwesten veröffentlichte.

²⁴ Vgl. die Wahlnachtberichte der Wahlen aus dem Jahre 2011 unter <http://wahlanalysen.wordpress.com>.

Tabelle: Wichtigste Probleme in Schleswig-Holstein (in %)

Wähler/-innen von	alle	CDU	SPD	Grüne	FDP	Piraten	SSW
Was macht ihnen große Sorgen?							
Schuldenkrise in Europa- Gewinner	80						
Verschuldung in Deutschland	71						
Zustand des Bildungssystems	69						
Angemessenheit der Löhne und Gehälter	59						
Arbeitslosigkeit	51						
Die Lohnentwicklung		38	69	63	26		
Meine wirtschaftliche Situation	17					30	
Ich persönlich profitiere vom Wirtschaftswachstum	35	48	36	26	49	29	
Wo sehen Sie sich in der gesellschaftlichen Entwicklung?							
Gewinner		66	52	60	69	54	41
Verlierer		24	37	32	15	48	57
Sind Sie zufrieden, wie die Demokratie funktioniert?							
Ja		80	65	73	68	43	
Nein		20	35	27	32	57	

Quelle: Infratest dimap

Neben den wichtigsten Problemen in Schleswig-Holstein aus Sicht der Wahlberechtigten, erfragte Infratest-dimap am Wahntag die wahlentscheidenden Motive der Wähler/-innen.

Tabelle: Wahlentscheidende Motivation der Wähler/-innen (in %)

	Wähler/-innen von							
	Alle	CDU	SPD	Grüne	FDP	Piraten	SSW	LINKE
aus Überzeugung	62	71	63	65	66	32	kA	kA
aus Enttäuschung	27	16	23	28	33	65	kA	kA
Wahlentscheidende Themen								
Wirtschaftspolitik	36	58	27		56			27
Schulpolitik	31	26	33	37	35	24	46	36
Soziale Gerechtigkeit	30		41	41	22	34	41	70
Arbeitsmarktpolitik	26	26	31			21	22	37
Öffentliche Verschuldung		17			17			
Umweltpolitik				60				
Energiepolitik				34				
Familienpolitik							24	
Netzpoltik						26		
Kandidat		25	34	15	31	15	18	13
Programm		42	38	64	45	68	58	71
langfristige Parteibindung		31	26	23	22	7	19	13

Quelle: Infratest dimap

d) Parteienkompetenzen

Infratest-dimap veröffentlichte im Rahmen seiner Vorwahlbefragungen die Parteienkompetenzen der wichtigsten in Schleswig-Holstein zur Wahl stehenden Parteien. Diese Daten werden den Vergleichsdaten aus 2009 gegenübergestellt.

Tabelle: Parteienkompetenzen im Vergleich September 2009 und April 2012 (in %)

Themen \ Partei	CDU		SPD		FDP		Grüne		LINKE		Piraten		SSW		Keine Partei / Weiß nicht	
	'09	12	'09	12	'09	12	'09	12	'09	12	'09	12	'09	12	'09	12
Wirtschaft voranbringen	41	43	28	34	14	5	4	4	2	0	-	1	2	1	9	11
Kriminalität bekämpfen	48	43	24	32	5	2	3	2	3	2	-	2	1	0	14	16
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	37	36	33	39	8	3	5	4	5	1	-	2	1	1	11	13
Verschuldung verringern	35	37	23	28	12	3	3	3	3	1	-	2	1	1	22	24
Gute Bildungspolitik betreiben	31	26	32	40	12	2	10	11	4	1	-	3	4	4	7	12
Gute Familienpolitik und Kinderbetreuung	30	20	33	45	6	3	12	15	7	2	-	2	4	3	7	9
Gute Energiepolitik betreiben	25	21	17	20	6	2	44	43	1	1	-	2	2	2	5	9
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	25	17	36	50	8	3	8	9	10	5	-	4	2	2	9	9
Eine gute Umweltpolitik betreiben	17	13	9	10	3	1	64	68	1	0	-	2	3	2	3	4
Die wichtigsten Probleme in SH lösen	37	31	33	41	7	2	5	4	3	0	-	2	3	2	12	17

Quelle: Infratest dimap

Dass die SPD die Wahl in Schleswig-Holstein nicht ohne Anstrengung gewinnen wird, ist aus der Darstellung der Partei-Kompetenzen ablesbar. In den Themen Wirtschaft, Kriminalitätsbekämpfung und Finanzen führt die Union vor der SPD, die wiederum die höchsten Kompetenzwerte in der Bildungs- und Familienpolitik sowie bei der Arbeitsmarktpolitik zugesprochen bekommt. Die Grünen liegen wie 2009 bei der Umwelt- und der Energiepolitik weit vor allen anderen Parteien.

Der deutlichste Unterschied zu 2009 ist der Kompetenzwertanstieg für die SPD beim Themenfeld Soziale Gerechtigkeit. Hier legen die Sozialdemokrat/-innen um 14 Prozentpunkte zu, während sich DIE LINKE in ihrem Themenfeld mit dem höchsten Kompetenzwert gegenüber 2009 halbiert.

Insgesamt verliert DIE LINKE in fast allen Kompetenzfeldern gegenüber 2009 und erreicht statt 39 Gesamt-Prozentpunkten nur noch 13 Gesamt-Prozentpunkte und rangiert bei der Frage, wer die wichtigsten Probleme in SH lösen könne bei null Prozentpunkten gegenüber drei Prozentpunkten 2012.

e) Das Image der Parteien und die Zufriedenheit mit ihnen

Infratest dimap fragte im April 2012 nach Eigenschaften von politischen Parteien. Dabei zeigte sich einmal mehr die Zustimmung der befragten Wahlberechtigten zu rot-grün, die sich auch in der Zuschreibung von Parteieigenschaften ausdrückte.

Tabelle: Parteienprofile im April 2012 (in %)

Themen \ Partei	Partei						
	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE	Piraten	SSW
Ist geschlossen	58	54	32	57	27	31	56
Hat die richtigen Konzepte	38	52	17	44	6	11	40
Ist glaubwürdig	48	60	21	62	14	24	57
Hat fähige Politiker	62	66	32	50	14	9	46
Ist bürgernah	51	76	24	68	25	39	57

Quelle: Infratest dimap

Von Interesse ist auch, dass entgegen des aktuellen Hypes um die Piratenpartei, die Partei, die von den befragten Bürger/-innen in SH als am stärksten bürgernah eingeschätzt wurde, die SPD ist, der fast doppelt so viele diese Eigenschaft zusprechen als den Piraten.

Dass die Konzepte der LINKEN mit 6% fast um die Hälfte weniger als sinnvoll bewertet werden, als diejenigen Konzepte der Piratenpartei und um ein Vierfaches weniger als die von SPD und Grünen ist ein deutliches Warnsignal hinsichtlich der derzeitigen programmatischen Performance der LINKEN insgesamt.

Nun könnte zutreffend eingewendet werden, dass – wie in der nachfolgenden Tabelle abzulesen – diese Aussagen unter dem Vorbehalt stehen, dass gerade einmal 39% aller befragten Wahlberechtigten die Positionen der LINKEN kannten und nur 29% die der Piratenpartei. Dem wäre jedoch entgegenzuhalten, dass selbst unter diesen Voraussetzungen ein Zustimmungswert von 6% hinsichtlich konzeptioneller Glaubwürdigkeit als ein Ausdruck politischer Defizite angesehen werden kann.

Tabelle: Kenntnis der Parteipositionen im April 2012 (in %)

Parteien	Gesamt		Eigene Anhänger/-innen Ja, weiß ich
	Ja, weiß ich	Nein, weiß ich nicht	
SPD	72	26	89
CDU	71	28	92
Grüne	64	34	91
FDP	51	47	81
LINKE	39	58	-
SSW	36	61	-
Piraten	29	70	86

Quelle: Infratest dimap / Es kann angenommen werden, dass die Grundgesamtheit der befragten Anhänger/-innen von LINKEN und SSW so klein war, dass keine repräsentativen Aussagen getroffen werden konnten, weshalb Infratest dimap auf eine Wertangabe verzichtete.

Für diese Annahme spricht auch die Bewertung der Arbeit der im Landtag vertretenen Parteien sowie der Piraten, die ebenfalls im April 2012 erfragt wurde. Mit der Arbeit der LINKEN zufrieden sind 7%, das sind drei Prozentpunkte weniger als 2009, während sie mit einem Unzufriedenheitswert von 81% den Negativrekord noch vor der FDP hält, mit deren Arbeit immerhin doppelt so viele der Befragten (15% - genauso viele wie bei den Piraten) zufrieden bzw. sehr zufrieden sind.

Tabelle: Zufriedenheit mit der Arbeit der Parteien im April 2012 im Vergleich zu September 2009 (in %)

Parteien	April II 2012		September II 2009
	Sehr zufrieden / zufrieden	Weniger / gar nicht zufrieden	Sehr zufrieden / zufrieden
SPD	52	43	30
CDU	40	56	39
Grüne	51	44	43
FDP	15	80	38
LINKE	7	81	10
SSW	41	24	33
Piraten	15	47	-

Quelle: Infratest dimap

Es überrascht insofern folglich nicht wirklich, dass 43% die Piratenpartei und 41% die FDP nach der Wahl im Landtag sehen wollten, aber nur 21% DIE LINKE.

Tabelle: Sollen FDP, LINKE bzw. Piratenpartei in den Landtag einziehen? (in %)

Parteien	Fände ich gut	Fände ich nicht so gut
Piraten	43	49
FDP	41	53
LINKE	21	75

Quelle: Infratest dimap

Die nachstehenden Tabellen geben einen Überblick über das Image der FDP bei den Wahlberechtigten. Immerhin fast jeder zweite befragte Wahlberechtigte fände es gut, wenn die FDP im Landtag vertreten wäre, was sich möglicherweise daraus erklärt, dass wiederum fast jeder zweite Wahlberechtigte die Ansicht vertritt, dass die Landes-FDP sich von der Bundespartei so wesentlich unterscheiden würde, dass es sich im Grunde um zwei Parteien handelt.

Tabellen: Image der FDP in den Augen der Wahlberechtigten in SH

	März 2012	
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
„Die FDP ist die Partei der sozialen Kälte“	51	40
„Die FDP wird in SH nicht mehr gebraucht“	46	48
„Die FDP setzt sich am stärksten für Wirtschaft und Wachstum ein“	26	64
„Die FDP macht in SH eine gute Bildungspolitik“	18	64

	April III 2012	
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Die FDP in SH und im Bund sind im Grunde zwei verschiedene Parteien	49	39
Ich fände es gut, wenn die FDP im nächsten Landtag vertreten wäre	44	51
Die FDP ist eine seriöse und sachliche Partei	42	52
Ich könnte mir vorstellen, Wolfgang Kubicki zu wählen, aber nicht die FDP	31	64

Quelle: Infratest dimap

In ähnlicher Form fragte Infratest dimap auch die Anhänger/-innen der **Piratenpartei** nach den Hauptmotiven, für die Piraten zu stimmen. Dabei wurden drei Motive identifiziert:

- Protest/Kritik bzw. Denkmittel für etablierte Parteien: 46%
- Frischer Wind / Neue Ideen: 31 %
- Offenheit, Transparenz, Basisdemokratie / Themen /
Programmatik allgemein: 13%.

Die nachfolgende Tabelle fasst von das Bild der Parteien in den Augen der von Infratest dimap befragten Wähler/-innen in Schleswig-Holstein zusammen.

Tabelle: Image der Parteien in den Augen der Wahlberechtigten in SH

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Piraten
Mit der CDU öffnet sich die Schere zwischen arm und reich weiter	71				
Bei der CDU weiß man derzeit nicht, wofür sie steht	64				
Merkel hat in der Euro-Krise richtig und entschlossen gehandelt	61				
Auf die CDU ist Verlass in schwierigen Zeiten	44				
Vernachlässigt die Interessen der Arbeitnehmer	65				
Hat mit Thorsten Albig einen guten Spitzenkandidaten		70			
Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich		60			
Man weiß nicht, welche Politik sie in Berlin vertritt		64			
Hat mit Hartz IV und Rente mir 67 ihre Prinzipien aufgegeben		58			
Das Wahlergebnis hat vor allem mit Wolfgang Kubicki zu tun			73		
Die FDP in Land und Bund sind im Grunde unterschiedliche Parteien			63		
Die Bundes-FDP hat mit Philipp Rösler den falschen Vorsitzenden			75		
Ist eine Partei der sozialen Kälte			56		
Ich fände es gut, wenn sie an der Regierung beteiligt wären				70	
Liegen inhaltlich nicht mehr so nah bei der SPD				56	
Kümmern sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze				57	
Gute Alternative für die, die sonst gar nicht wählen würden					66
Sorgen dafür, dass auch die Jüngeren mal was zu sagen haben					54
Sorgen dafür, dass die Politik offener und transparenter wird					45

Quelle: Infratest dimap

In der nachfolgenden Tabelle wurden die Wähler/-innen im Nordwesten nach der Ehrlichkeit von Parteien befragt. Dabei schnitten die Grünen mit 53% Zustimmung zur Ehrlichkeitsannahme von den in den Fragefokus einbezogenen Parteien am besten ab.

Tabelle: Welche Partei sagt vor der Wahl ehrlich, was sie durchsetzen will

	ja	nein
Grüne	53	45
SPD	38	58
Piratenpartei	34	55
CDU	31	65
FDP	22	75

Quelle: Infratest dimap

f) Ein Regierungswechsel ist wahrscheinlich – in welche Richtung noch nicht

Auch wenn ein möglicher Regierungswechsel auf Bundes- oder Landesebene nur selten so eindeutig wie bei der Landtagswahl in Hamburg 2011 bereits im Vorfeld feststeht, lässt sich anhand des Indikators „Zustimmung zur Regierung“ der jeweiligen Gebietskörperschaft bereits ermessen, ob eine potenzielle Wechselstimmung vorliegt oder nicht.

Inwieweit eine Wechselstimmung tatsächlich wirksam werden kann, hängt ihrerseits erheblich vom Grad der Wahlbeteiligung ab, also davon, wie viele der Wahlberechtigten ihrem Wechselwunsch durch Stimmabgabe Ausdruck verleihen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Grad der vor einer Wahl ausgedrückten Zufriedenheit mit der jeweils amtierenden Regierung und setzt diese, in Verbindung mit dem Indikator Wahlbeteiligung, ins Verhältnis zu den jeweils stattgefundenen Regierungskontinuitäten bzw. -wechseln. In den ersten drei Spalten werden, differenziert nach Land bzw. Bund und Wahljahr, die von Infratest-dimap erhobenen Zufriedenheitswerte aufgeführt. Als Zufriedenheitswert gilt die Summe der Zustimmung zur Aussage „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich sehr zufrieden“ oder „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich zufrieden“. Die vierte Spalte enthält den Wert der jeweiligen Wahlbeteiligung. Die nächsten drei Spalten stellen für die betreffende Gebietskörperschaft dar, ob es einen Regierungswechsel gab oder nicht.

Wir differenzieren hinsichtlich des Wechsels einer Regierung zwischen drei Varianten:

- Einem großen Regierungswechsel. Dies ist entweder der komplette Austausch der die Regierung stellenden Parteien oder ein signifikanter Wechsel der politischen Regierungsprogrammatis. In letztere Kategorie fällt der Wechsel der FDP 1982 von der sozial-liberalen Koalition unter Schmidt zur schwarz-gelben Koalition unter Kohl oder der Wechsel der Berliner SPD vom Bündnis mit der CDU zum rot-roten Senat 2002.
- Dem kleinen Regierungswechsel, also dem Austausch eines der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmatik der betreffenden Regierung.
- Kein Regierungswechsel liegt vor, wenn kein Austausch der die Regierung stellenden Parteien vorgenommen wird.

Der Wahlabend lässt sowohl eine Große Koalition als auch eine landespolitische Neuerung, die Dänen-Ampel zu. In beiden Fällen würde schwarz-gelb im Bundesrat geschwächt und ein Großer Regierungswechsel vorgenommen.

Tabelle: Wechselstimmung, Wahlbeteiligung und Regierungswechsel

Land	Wahljahr	Zufriedenheitswert (in %)	Wahlbeteiligung (in %)	Regierungswechsel			Erläuterung
				Großer Wechsel	Kleiner Wechsel	Kein Wechsel	
BY	2003	65	57,1			X	
RP	2006	60	58,2		X		
SL	2004	60	55,0			X	
BB	2009	59	67,0		X		
BW	2006	58	53,4			X	
SN	2009	58	52,2		X		
SN	2004	56	59,6			X	
MV	2011	51	52,0			X	
RP	2011	55	61,8				
HE	2003	55	64,3		X		
NI	2003	52	65,1			X	
HH	2008	49	63,5		X		
NI	2008	52	57,1			X	
HH	2008	49	63,5			X	
ST	2011	48	51,2			X	
HE	1999	48	61,0	X			
BY	2008	48	57,9		X		
HB	2003	48	61,3			X	
SH	2005	48	66,5	X		X	Wechsel nach Simonis-Sturz
HB	2011	46	57,5			X	
SL	2009	43	67,6		X		
Bund	2009	43	70,8		X		
BW	2011	41	66,3	X			
TH	2004	41	53,8		X		
NW	2005	41	67,3	X			
TH	2009	40	56,2		X		
HH	2004	39	68,7	X			
HE	2009	39	61,0			X	
HB	2007	38	57,6	X			
BE	2006	38	58,0			X	Grüne und LINKE gleichauf
MV	2006	37	59,1		X		
ST	2006	36	44,4		X		
NW	2010	36	59,3	X			Minderheitsregierung
HE	2008	36	64,3	X			
BB	2004	35	56,4		X		
NI	2003	34	67,0	X			
SH	2009	29	73,6			X	Politisches Patt
Bund	2005	25	77,7	X			
SL	2012	23	61,1		X		

* Zufriedenheitswert = die Summe aus „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ / Quelle: Infratest-dimap, verschiedene Ausgaben des WahlREPORT / eigene Zusammenstellung.

IV. Auswirkungen auf den Bundesrat

Das voraussichtliche Ergebnis der Schleswig-Holstein-Wahl schwächt das schwarz-gelbe Lager im Bundesrat. Gestärkt werden könnte entweder das Lager der Großen Koalitionen oder das Lager der anderen Modelle, zu denen derzeit rot-rot und die mögliche Dänen-Ampel zählen würde.

An den Mehrheitsverhältnissen ändert dies jedoch wiederum nichts, da die SPD die Wahlen im Jahre 2011 nicht dazu nutzte, über rot-rot(-grün)e Koalitionen im Bundesrat eine eigene Gestaltungsmehrheit in Opposition zur Bundesregierung entstehen zu lassen.

Tabelle: Bundesratszusammensetzung nach dieser Landtagswahl

Land	Zahl	Schwarz-Rot	Rot-Schwarz	Schwarz-Gelb	SPD-Allein	Andere Modelle: Rot-Rot / Dänen-Ampel	SPD-Grüne	Grüne-SPD
		Große Koalition					Rot-Grün	
BW								6
BY	6			6				
BE	4		4					
BB	4					4		
HB	3						3	
HH	3				3			
HE	5			5				
MV	3		3					
NI	6			6				
NW	6						6	
RP	4						4	
SL	3	3						
SN	4			4				
ST	4	4						
SH	4	4				4		
TH	4	4						
Gesamt	69	11	7	25	3	4+4	13	6
		18+4					19	

V. Erste Analyse der Wahlergebnisse

a) Die Wähler/-innenwanderung²⁵

Infratest-dimap hat auch bei dieser Landtagswahl, auf der Basis der Nachwahlbefragungen, eine Schätzung der Wähler/-innenwanderungen vorgenommen. Bei der Abfassung dieses Textes standen nur Zahlen von Infratest dimap über die Wanderungssalden zur Verfügung. Dabei werden Nettowanderungszahlen ausgewiesen, unklar bleibt daher, in welchem Ausmaß zum Beispiel bei einem Saldo von „Null“ trotzdem sich aufhebende Wählerwanderungen stattgefunden haben. Daher werden hier nur ausgewählte Aspekte der Wähler/-innenwanderung behandelt, eine ausführliche Darstellung folgt, sobald die vollständigen Zahlen verfügbar sind.

Die nachstehende Tabelle ist so zu lesen, dass von links nach rechts die jeweiligen Zu- und Abgänge von den Parteien bzw. den Nichtwähler/-innen zu den Parteien bzw. Nichtwähler/-innen dargestellt sind. Die Abgänge sind mit negativen Zahlenwerten gekennzeichnet (-). Da eine Partei mit sich selbst keine Wähler/-innenwanderung erzeugen kann, sind die jeweiligen Kästchen leer.

Tabelle: Wähler/-innenwanderung

	CDU	SPD	Grüne	FDP	PIRATEN	SSW	LINKE	Andere	Nichtwähler
CDU		-9.000	-4.000	6.000	-14.000	-4.000	3.000	-3.000	-59.000
SPD	9.000		14.000	19.000	-10.000	0	9.000	0	-42.000
Grüne	4.000	-14.000		6.000	-13.000	-4.000	3.000	0	-12.000
FDP	-6.000	-19.000	-6.000		-14.000	-1.000	0	-2.000	-67.000
Piraten	14.000	10.000	13.000	14.000		1.000	6.000	5.000	11.000
SSW	4.000	0	4.000	1.000	-1.000		0	0	-14.000
LINKE	-3.000	-9.000	-3.000	0	-6.000	0		-2.000	-39.000
Andere	3.000	0	0	2.000	-5.000	0	2.000		-23.000
Nichtwähler	59.000	42.000	12.000	67.000	-11.000	14.000	39.000	23.000	

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

²⁵ Die Wähler/-innenwanderungsbilanz basiert auf den von Infratest-dimap für die ARD zur Verfügung gestellten Daten. „Bei dem Exit Poll von Infratest-dimap, werden die Befragten unmittelbar nach Verlassen des Wahllokals befragt, so dass die Erinnerung an die aktuelle Wahl nicht hinterfragt werden muss, die Rückerinnerung (allerdings wie in allen anderen Umfragen auch) fehlerhaft sein kann. Auch wenn die Daten die hier von Infratest-dimap vorgestellt werden (bezogen auf die reinen Nettozahlen) einer Fehlerquote unterliegen, so sind sie jedoch hinsichtlich der Richtung und der Größenverhältnisse der Austauschbewegungen zwischen den Parteien zuverlässig. Allein durch Größe der Umfrage kann die Datenqualität als sehr gut bewertet werden.“ Zitiert nach: Viola Neu 2010, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 9. Mai 2010. Wahlanalyse, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Onlinepublikation, S. 11.

b) Wer wählte wen?

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.²⁶ In der nachfolgenden Darstellung werden unterschiedliche sozio-demographische Merkmale identifiziert. Dabei werden jeweils in der Tabelle zuerst die Daten von Infratest-dimap und darunter die Daten der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) ausgewiesen

Tabelle: Wahlentscheidung nach Geschlecht

	CDU	SPD	Grüne	FDP	PIRATEN	SSW	LINKE
Infratest dimap							
Alle	31	30	14	8	8	5	2
Frauen	31	31	16	8	6	4	2
Männer	30	29	12	9	10	5	3
FGW							
Frauen	30	31	16	7	7	4	2
Männer	31	29	11	9	11	5	3

Tabelle: Wahlentscheidung nach Alter

	CDU	SPD	Grüne	FDP	PIRATEN	SSW	LINKE
Infratest dimap							
Alle	31	30	14	8	8	5	2
Erstwähler	23	22	23	4	16	4	3
18-24 Jahre	21	23	21	5	18	4	3
25-34 Jahre	25	21	17	6	16	5	4
35-44 Jahre	27	25	18	8	10	5	3
45-59 Jahre	26	31	18	8	8	5	3
60 und älter	39	36	7	11	3	4	1
FGW							
Unter 30 Jahre	22	24	16	6	21	4	3
30-44 Jahre	29	24	16	7	12	5	3
45-59 Jahre	26	31	17	7	9	5	3
Über 60 Jahre	37	35	7	11	3	4	2

²⁶ Bei der Erstellung der Wahlberichterstattung waren die Autoren dieser Untersuchung auf die im Internet von Infratest-dimap (ARD) bzw. der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellten Daten angewiesen. Lücken in der Datenfolge, wie z.B. den Altersangaben, sind sehr bedauerlich, liegen aber in entsprechend sparsamer Veröffentlichung der genannten Institute begründet.

Tabelle: Wahlentscheidung nach Beruf und Tätigkeit (in %)

	CDU	SPD	Grüne	FDP	PIRATEN	SSW	LINKE
Infratest dimap							
<i>Alle</i>	31	30	14	8	8	5	2
Arbeiter	20	38	9	4	14	7	4
Angestellte	25	29	17	7	10	5	2
Selbständige	39	14	16	15	9	2	2
Rentner	39	35	7	10	3	4	1
Arbeitslose	20	22	19	7	15	5	8
FGW							
Arbeiter	25	37	7	5	13	6	4
Angestellte	28	32	15	8	8	5	3
Beamte	34	29	16	11	3	5	1
Selbständige	37	19	15	15	8	2	3
FGW							
Hauptschule	32	39	5	7	7	6	2
Realschule	32	29	11	8	10	5	2
Abitur	30	24	19	7	11	4	3
Hochschule	28	24	22	11	7	3	3

VI. Anlage: Ergebnisse für die Partei DIE LINKE nach Wahlkreisen

In der nachstehenden Tabelle sind die Ergebnisse für DIE LINKE nach Wahlkreisen zusammengefasst. Über- und unterdurchschnittliche Ergebnisse sind grau unterlegt.

Tabelle: Ergebnisse in den Wahlkreisen – Gültige Stimmen und Stimmen für DIE LINKE

	LTW 2009			LTW 2012			Veränderung in v.H.		%punkte LINKE
	Stimmen	LINKE	in v.H.	Stimmen	LINKE	in v.H.	Stimmen	LINKE	
1 Südtondern	43.720	1.642	3,8%	36.080	474	1,3%	-17,5%	-71,1%	-2,4%
2 Husum	49.474	2.133	4,3%	41.750	663	1,6%	-15,6%	-68,9%	-2,7%
3 Flensburg	45.221	3.586	7,9%	36.459	1.111	3,0%	-19,4%	-69,0%	-4,9%
4 Flensburg-Land	38.477	1.746	4,5%	32.959	491	1,5%	-14,3%	-71,9%	-3,0%
5 Schleswig-Nord	37.835	1.812	4,8%	32.736	541	1,7%	-13,5%	-70,1%	-3,1%
6 Schleswig	37.773	1.750	4,6%	32.525	556	1,7%	-13,9%	-68,2%	-2,9%
7 Dithmarschen-N.	37.994	2.347	6,2%	31.748	646	2,0%	-16,4%	-72,5%	-4,1%
8 Dithmarschen-Süd	36.661	2.301	6,3%	30.256	566	1,9%	-17,5%	-75,4%	-4,4%
9 Eckernförde	54.966	2.415	4,4%	49.201	802	1,6%	-10,5%	-66,8%	-2,8%
10 Rendsburg-Ost	57.715	2.439	4,2%	51.844	803	1,5%	-10,2%	-67,1%	-2,7%
11 Rendsburg	48.116	2.696	5,6%	40.558	851	2,1%	-15,7%	-68,4%	-3,5%
12 Neumünster	41.528	2.655	6,4%	34.120	900	2,6%	-17,8%	-66,1%	-3,8%
13 Kiel-Nord	48.613	2.727	5,6%	44.356	1.074	2,4%	-8,8%	-60,6%	-3,2%
14 Kiel-West	45.246	3.642	8,0%	39.172	1.574	4,0%	-13,4%	-56,8%	-4,0%
15 Kiel-Ost	34.056	3.462	10,2%	28.592	1.264	4,4%	-16,0%	-63,5%	-5,7%
16 Plön-Nord / Mal.	51.492	2.402	4,7%	45.151	867	1,9%	-12,3%	-63,9%	-2,7%
17 Plön-Süd / Eutin	50.530	2.624	5,2%	43.261	763	1,8%	-14,4%	-70,9%	-3,4%
18 Ostholstein-Nord	50.856	2.740	5,4%	42.755	843	2,0%	-15,9%	-69,2%	-3,4%
19 Ostholstein-Süd	54.604	3.041	5,6%	44.683	802	1,8%	-18,2%	-73,6%	-3,8%
20 Steinburg-West	39.823	2.253	5,7%	33.301	670	2,0%	-16,4%	-70,3%	-3,6%
21 Steinburg-Ost	35.304	2.240	6,3%	28.480	743	2,6%	-19,3%	-66,8%	-3,7%
22 Elmshorn	43.236	2.879	6,7%	35.209	1.103	3,1%	-18,6%	-61,7%	-3,5%
23 Pinneberg-Nord	47.137	2.382	5,1%	38.227	721	1,9%	-18,9%	-69,7%	-3,2%
24 Pinneberg-Elbm.	38.570	2.397	6,2%	31.093	741	2,4%	-19,4%	-69,1%	-3,8%
25 Pinneberg	43.288	2.723	6,3%	32.555	790	2,4%	-24,8%	-71,0%	-3,9%
26 Segeberg-West	49.031	2.838	5,8%	38.830	842	2,2%	-20,8%	-70,3%	-3,6%
27 Segeberg-Ost	49.254	3.058	6,2%	40.420	890	2,2%	-17,9%	-70,9%	-4,0%
28 Norderstedt	51.930	3.428	6,6%	39.931	1.089	2,7%	-23,1%	-68,2%	-3,9%
29 Stormarn-Nord	48.267	3.021	6,3%	39.920	805	2,0%	-17,3%	-73,4%	-4,2%
30 Stormarn-Mitte	47.495	2.482	5,2%	38.701	754	1,9%	-18,5%	-69,6%	-3,3%
31 Stormarn-Süd	44.871	2.741	6,1%	34.749	720	2,1%	-22,6%	-73,7%	-4,0%
32 Lübeck-Ost	49.509	4.306	8,7%	37.093	1.218	3,3%	-25,1%	-71,7%	-5,4%
33 Lübeck-West	49.129	3.957	8,1%	39.415	1.216	3,1%	-19,8%	-69,3%	-5,0%
34 Lauenburg-Nord	51.764	3.195	6,2%	43.128	995	2,3%	-16,7%	-68,9%	-3,9%
35 Lauenburg-Süd	49.921	3.704	7,4%	38.414	980	2,6%	-23,1%	-73,5%	-4,9%
Schleswig-Holstein	1.603.406	95.764	6,0%	1.327.672	29.868	2,25%	-17,2%	-68,8%	-3,72%

Quelle: Landeswahlleiter Schleswig-Holstein / Eigene Darstellung

Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Autoren der Wahlnachtberichte stellen diese Bewertung der Wahlen sowie weitere Texte zu Wahlen, Wahlkämpfen u.a. in ihrem Blog zur Verfügung:

<http://wahlanalysen.wordpress.com>.

Die Wahlanalysen können zudem unter www.benjamin-hoff.de abgerufen werden.

Zu den Autoren

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Er lebt in Berlin und ist Geschäftsführer von MehrWertConsult.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin und arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 06./07. März 2012 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen.

Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *